

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: S. Eck, Verleger: A. Bringmann,
Beide in Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Fehlfstr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 \mathcal{A} ,
für Versammlungsanzeigen 10 \mathcal{A} pro Zeile.

Klassenkampftheorie und Gewerkvereinspolitik.

Das nächstliegende Ziel einer jeden praktischen Gewerkvereinspolitik besteht wohl unwiderprochen in der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, in der Steigerung der durchschnittlichen Lebenshaltung der arbeitenden Klassen überhaupt. Unter Hinweis auf diese ganz reale Gegenwartspolitik haben es wohlmeinende bürgerliche Ideologen, die der Klassenverföhnung das Wort redeten, wiederholt versucht, die Arbeiterchaft zum Aufgeben jeglicher sozialdemokratischer Klassenkampftheorie zu veranlassen, da sich, wie die neutrale Haltung der englischen Gewerkschaften hinreichend gezeigt, die Lösung der brennenden sozialen Fragen ohne die Berührung gegensätzlicher Reibungsflächen finden lasse. Und in der That, seit Jahren galten uns die englischen Gewerkschaften in Bezug ihrer Leistungen und Stärke als nachahmenswerthe und muster-gültige Vorbilder, obwohl sie nach innen und außen unter dem Zeichen einer vollständigen politischen Farblosigkeit segelten. Von einem weitreichenden Einfluß auf das öffentliche Wirthschaftsleben haben sie, unterstützt von der Achtung und einer wohlwollenden Meinung der bürgerlichen Welt, Erfolge errungen, die, wenigstens insoweit es sich um mehr oder minder qualifizierte Arbeiterkategorien handelte, ganz nennenswerthe Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedeuteten. Sowohl diese fruchtbringende Thätigkeit als auch insbesondere der schon erwähnte Umstand, daß die englischen Gewerkschaften, im Gegensatz zu manchen anderen, stets eine politisch neutrale Haltung bewahrten, mußte naturgemäß zu jenen etwas allzu optimistischen Hoffnungen verleiten, die sich angeichts der letzten Ereignisse als völlig irrig erweisen haben. Wenigstens scheint es uns, daß die nunmehr geänderte Haltung der englischen Bourgeoisie, die in den prinzipiell wichtigen Gerichtsurtheilen zum Ausdruck kommt, wonach die Gewerkschaften vermögensrechtlich für die Handlungen ihrer Mitglieder und Beamten haften, zur endgültigen Beseitigung jener Illusion beitrug, wonach alle Klassenkampftheorie als überwundener Standpunkt galt. Daß man sich in dieser Beziehung auch in den Kreisen der englischen Gewerkschaften selbst hinreichend klar geworden ist, das geht deutlich aus den Verhandlungen des letzten Kongresses hervor, der in ganz entschiedener Weise den modern-proletarischen Standpunkt in allen zur Verhandlung gelangten Fragen eingenommen hat.

Aber nichtsdestoweniger bedarf die bisher beobachtete Haltung der englischen Trades-Unions einer Erklärung. Daß sich gerade auf dem klassischen Boden der kapitalistischen Produktionsform mit allen ihren zersetzenden Wirkungen eine so mächtige und viel versprechende Bewegung der Arbeiterchaft vom sozialistischen Beizgeschmack frei zu erhalten vermochte, ist keineswegs eine rein zufällige Erscheinung, sondern, wie alle bestimmten Ursachen nachfolgende Wirkungen — in den eigenartigen Verhältnissen des Landes begründet. Zunächst muß wohl aber auch hier die Thatfache festgehalten werden, daß der Entwicklungsgang der englischen Gewerkvereinsbewegung im Anfang nichts weniger als von dem Wohlwollen der Unternehmer begleitet gewesen ist. Der Kampf um die öffentliche und rechtliche Anerkennung war vielmehr auch hier ein Kampf um die Koalitionsfreiheit, begleitet von allen jenen widerwärtigen Erscheinungen, die den engherzigen Standpunkt eines sich in seinen Interessen bedroht fühlenden Unternehmertums kennzeichnen, und bis in die letzten sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts bildet die Geschichte der englischen Gewerkvereinsbewegung gleichsam eine Kette hartnäckiger Verfolgungen, bei denen es sich fast durchweg um das Recht auf Koalition der einzelnen Berufsgruppen handelte. Besonders hart ging die Verfolgung innerhalb der ersten zwanziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts vor sich. Als charakteristisches

Merkmal der kapitalistischen Epoche durften die Unternehmer auch hier vermöge ihrer Verbindungen durch Boykotts und Verurtheilungen die an Erpressung grenzenden Zwangsmaßregeln an Konsumenten und an unbequemeren Konkurrenten vollziehen, ohne daß ein Fall von Bestrafung zu verzeichnen gewesen wäre, wo hingegen die Arbeiter für die gleichen Organisationsbestrebungen schwer zu leiden hatten. Daß sich im Verlaufe der Zeit allmählig die Reibungsflächen minderten und ein Umschwung zum Bessern zunächst in der Richtung eintrat, daß die Gewerksvereine ihre öffentlich-rechtliche Anerkennung fanden, ist sicherlich in hervorragendem Maße der Ausdauer und der entschlossenen Thätigkeit der Arbeiter selbst zu danken. Allein auch andere Faktoren, deren Bedeutung keineswegs zu tief eingeschätzt werden darf, fallen dabei sehr wesentlich in die Waagschale. Der junge, nach Macht und Erhaltung ringende Kapitalismus bedurfte gewisser unabweisbarer Voraussetzungen für die Bethätigung seiner Expansionsgelüste. Bis in die vierziger Jahre hinein hatte England in den Chartisten eine mächtige durch und durch revolutionäre Partei, die das politische Leben der werththätigen Klassen bis zu ihrer gleichfalls durch die ökonomische Lage des Landes bedingten endgültigen Niederlage vollauf mit ihrem Geiste erfüllte. Bis zu Ende des Jahres 1847 wies England eine durch die gewaltige Industrie- und Geldkrise bedingte Zerrüttung auf, die bis zu Ende der vierziger und fünfziger Jahre anhielt, und erst die Entdeckung überseeischer Goldfelder in Verbindung mit der Einführung des Freihandels brachten einen Umschwung zum Bessern. Mit dieser Periode begann auch die Prosperität der englischen Industrie. Mit einem Male war es möglich geworden, die Manufakturwaaren gegen die Goldklumpen Kaliforniens und Australiens einzutauschen, wozu noch das Eine kam, daß, durch das Goldfieber veranlaßt, eine ansehnliche Zahl von Arbeitern nach jenen Gegenden auswanderte und so die überflüssigen Hände im eigenen Lande verminderte, andererseits aber auch für den Bedarf und den Absatz von englischen Waaren in den neu erschlossenen Ländern sorgte. Die englische Regierung, die den Auswanderern freie Fahrt nach Australien gewährte, begriff die Situation vollständig. Für sie handelte es sich einerseits darum, die revolutionären Elemente des Chartismus auf leichte Art los zu werden, andererseits aber für die Ansiedelung einer kräftigen Bevölkerung in den neuen Kolonien zu sorgen. Diese wirtschaftlichen Voraussetzungen im Zusammenhange mit der kurz vorher erfolgten Annahme der Zehnstunden-Bill im Parlamente, die den Kernpunkt aller bisherigen gewerkschaftlichen Bestrebungen gebildet hatte, trugen vor Allem zur vollständigen Lahmlegung der von der englischen Bourgeoisie mit Recht gefürchteten Chartistenbewegung bei.

Für die englische Arbeiterklasse begann nun eine Periode der geänderten Taktik ihres Kampfes. Während der Chartismus eine rein politische Bewegung war, lehnten es die Gewerkschaften, die allerdings aus dieser ihre vornehmste Kraft gezogen hatten, grundsätzlich ab, parteipolitischen Tendenzen zu hulbigen, da der Mißerfolg, der unter den gegebenen Verhältnissen eintreten mußte, der Arbeiterchaft alle weitliegenden Ziele verleidet hatte, die ihre Thätigkeit nun zunächst darauf beschränkte, an dem beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung sich irgendwelchen Antheil mit zu sichern. Für die englische Industrie kam naturgemäß die Zeit fabelhaftester Expansionsfähigkeit. Die endlos scheinenden Absatzgebiete, die immer wieder neu erschlossen wurden, in Verbindung mit dem Umstande, daß England bei dem Mangel jedweder freien Konkurrenz sowenig den Weltmarkt beherrschte, führten zu einem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwunge, der die allen übrigen Länder vorausgeeilte Herrschaft des englischen Industrien-

alismus befestigte. In dieser Zeit war es den Unternehmern nicht allzu schwer, irgendwelche Opfer in Gestalt von Zugeständnissen an ihre Arbeiter zu bringen. Die feindliche Stimmung, die, wie bereits erwähnt, im Anfange gegen die Gewerkschaften vorherrschte, ließ nach, als diese sich mit dem raschen Aufkommen der Industrie immer mehr entwickelten, und es begann die Zeit der ruhigen Sozialreform, bei der man gerne tropfenweise gab, damit es nicht eimerweise genommen werde. In scharfsichtiger Wahrnehmung ihrer Interessen hatte die Bourgeoisie erkannt, daß die zum ungehinderten Aufsteigen auf den Gipfel ihrer Macht nothwendige Ruhe nur dann ihre Bürgschaft findet, wenn sie die Arbeiterchaft bis zu einem gewissen Grade an ihren wirtschaftlichen Errungenschaften theilnehmen lasse und damit gleichzeitig auch für einen gesunden und intelligenten Nachwuchs, als Voraussetzung zur weiteren Behauptung der errungenen Ausnahmestellung, Sorge. Unter diesem Gesichtspunkte findet also die bis in die letzte Zeit hinein beobachtete konservative Haltung der englischen Gewerkvereinspolitik ihre ganz natürliche Erklärung, die so lange gilt, als die wirtschaftspolitische Sonderstellung des britischen Reiches nicht durch andere Faktoren bedroht ist. Nun hat gerade die jüngste Vergangenheit Erscheinungen gezeigt, die mit aller Deutlichkeit das Ende dieses Eroberungszuges erwarten lassen. Daß es dazu früher oder später kommen werde, war für jeden Befenner des ökonomischen Materialismus von vornherein klar. Der Prozeß der Entwicklung, der den inneren Gehalt und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung bestimmte, ist aber in allen seinen Einzelheiten ein so lehrreiches Schulbeispiel für die Arbeiterklassenbewegung überhaupt, daß man keineswegs achtlos darüber hinweggehen kann.

Der Kapitalismus ist ein internationales Gewächs, das, im Verlaufe der Zeiten über die gesammte Erde verpflanzt, überall unter bestimmten Zivilisationsgraden seine gedeihliche Entwicklung findet. Der englische Kapitalismus, der seine Flegeljahre durchlebte und voll blüthenschwangeren Hoffnungen die Bäume seiner Macht in den Himmel wachsen sah, ahnte nicht, daß nach Jahren schattenloser Gunst der Verhältnisse, der gierigen Jagd nach Erwerb durch den Eintritt anderer Länder in den industriellen Wettbewerb die Grenzen enger gezogen werden sollten. Aber auch hier hat die Zeit manchen Träumen die Erfüllung versagt. Die volkswirtschaftlichen Optimisten, die von der allmählig fortschreitenden Entwicklung der Weltmarktgebiete einen ungehinderten und nur von kürzeren Intervallen unterbrochenen Aufschwung erwarteten, sind zunächst durch die störenden Zwischenfälle der Produktionskrisen enttäuscht worden, die mit unverkennbarer Schärfe anzeigen, daß die Ausdehnungsfähigkeit der Märkte immer mehr an Wahrscheinlichkeit verliert. Was für den Export irgendwie zu haben war, ist in den glänzenden Jahren der englischen Prosperitätsperiode dem Verkehr eröffnet worden, und nun zeigt sich zunächst die wichtige Thatfache, daß in den kolonisierten Ländern selbst vielfach eine Industrie im Erstarken begriffen ist, die sich gegen die Konkurrenz der auswärtigen Einfuhr durch entsprechende handelspolitische Maßnahmen wehrt.

Von ganz besonders wichtigem Interesse ist hierbei die immer mehr erstarkende industrielle Bedeutung des jungen Amerika. Alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen der letzten Zeit, die man hier in dem rapiden Fortschreiten der Vertrustung sowohl als auch in der staunenswerthen Entwicklung einer hochmodernen Verkehrstechnik kennen lernte, beweisen, daß die Furcht vor einem gewaltigen Konkurrenten, der Englands Größe bald überflügelt haben dürfte, keineswegs als unbegründet aufzufassen ist. In der Textilbranche, die zuerst am Weltmarkte eine Rolle spielte, befindet sich England bereits in einer Periode andauernder Stagnation. Auch in der Roheisenproduktion ist das ge-

waltige Industriereich in den letzten Jahren relativ hinter seinen Konkurrenten, Deutschland und den Vereinigten Staaten, zurückgeblieben. Nach dem Londoner „Economist“ vom 1. Juli 1899 betrug sie in Tonnen in:

| | 1896 | 1897 | 1898 |
|--------------------------|---------|---------|----------|
| Großbritannien | 8659681 | 8681151 | 8897109 |
| Deutschland | 6372575 | 6864405 | 7215427 |
| Vereinigte Staaten | 8673127 | 9652680 | 11783434 |

Mit anderen Worten: Die kapitalistische Entwicklung hat der englischen Industrie ihre Sonderstellung entzogen, der Kapitalismus sieht sich bedrängt, im Zustande der Nothwehr, bei der es gilt, seine erzwungenen Positionen zu verteidigen. Das giebt uns aber auch den Schlüssel zur Erklärung jenes Umschwunges an die Hand, bei dem die englische Bourgeoisie wieder in die ablehnende und feindselige Haltung gegenüber den Gewerkschaften zurückverfällt. Bedroht in ihren finanziellen Interessen, fühlt sie sich tödtlich in ihren heiligsten Gefühlen verletzt, und so sucht sie nach einem unmittelbaren Mitschuldigen an der für sie peinlichen wirtschaftspolitischen Gestaltung. Zunächst dokumentierte sich dieser Umschwung durch die völlig veränderte Haltung des vornehmsten Pressorgans der englischen Gesellschaft, der „Times“, die in einer Artikelserie die Gewerkschaften des sogenannten „Caanny“-Systems, der Propagierung einer gewissen Arbeitsminderleistung, beschuldigten, durch welches Vergehen angeblich die Produktion vertheuert und so zur Konkurrenzunfähigkeit verurtheilt wurde. So sehr immerhin dieses heute von den deutschen Unternehmern mit Behagen aufgegriffene Argument ein Kapitel für sich bildet — das Eine ist klar, daß es jeder stichhaltigen Grundlage entbehrt. Naturnotwendig mußte das Bestreben der englischen Gewerkschaften darauf gerichtet sein, nicht nur einen der Arbeitsleistung entsprechenden Durchschnittslohn zu erreichen und durch kollektive Vertragschließung festzuhalten, sondern auch jede Schmutzkonkurrenz durch übermäßig gesteigerte Leistung fernzuhalten. Daß darunter die Industrie keineswegs litt, sondern im Gegentheil infolge des wohlthätigen Einflusses, den nachweisbar hohe Löhne und kurze Arbeitszeit auf die Qualität der Arbeitsprodukte ausübten, einen gewissen Rückhalt bekam — das ist von zahlreichen Kennern englischer Verhältnisse, nicht minder aber auch von Industriellen selbst, konstatiert worden.

Die Zeit, wo das englische Unternehmertum auf Grund seiner wirtschaftlichen Alleinherrschaft unter dem Zeichen jener freiheitlichen und zu Zugeständnissen stets bereiten Sozialpolitik segelte, die der gewerkschaftlichen Bewegung Ruhe und völlige Farblosigkeit verlieh, scheint also vorbei zu sein. „Der Geist der Zeit“, sagen die Webbs, „hat sich während des letzten Jahrzehnts gegen die kooperative Selbsthilfe in den Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern gewendet. . . Die öffentliche Meinung ist in Unruhe über die Fähigkeit der englischen Fabrikanten gerathen, ihre Stellung gegen die fremde Konkurrenz aufrecht zu erhalten, und empfindet deshalb als ein Vergehen jeden Versuch, die Produktion einzuschränken oder den Fortschritt der Maschinen zu hemmen, wessen man ja die Gewerkschaften beschuldigt.“ Das, was also in dem Musterlande des Gewerkschaftswesens vorgeht, hat für die proletarische Gesamtbewegung zweifellos lehrreiches Interesse. Alle Phasen, die die wirtschaftspolitische Entwicklung des britischen Weltreiches durchmachte, zeigen, wie Form und Inhalt der proletarischen Klassenbewegung von den ökonomischen Voraussetzungen bestimmt werden, und wie schließlich alle vermeintliche Interessenharmonie, die zwischen Kapital und Arbeit gesucht wird, zu den utopischen Vorstellungen gehört. So lange dem Kapitalismus die Früchte mühelos in den Schooß fallen, läßt er schließlich, um störende Konflikte zu vermeiden, die Arbeiter in bescheidenem Maße an seinem Gewinntheile partizipieren; aber sofort verändert sich die Sachlage, wenn sich die Gesetze der Konkurrenz verschärfen und die allgemeine Weltlage Verhältnisse zeitigt, die die industrielle Sicherheit immer unwahrscheinlicher erscheinen lassen. Je mehr die kapitalistische Weltwirtschaft an Terrain gewinnt und je deutlicher alle Merkmale die allgemeine Ueberproduktion anzeigen, desto mehr steigert sich der Widerstand und die Hartnäckigkeit des Unternehmertums gegenüber den Bestrebungen der arbeitenden Klassen, so daß jede noch so bescheidene Forderung im harten Kampfe ertrögt werden muß.

Diese Thatsache zu erkennen, ist gerade heute für die deutsche Arbeiterklasse wichtig, wo sich Junkerthum und Schlotbarone gegen sie verbinden.

Unter all' den genannten Verhältnissen war also der Prozeß der Kinderkrankheiten, den die englischen Gewerkschaften durchmachten, langwierig. Langwieriger als er sich sonst in Ländern zu gestalten pflegt, wo, wie Bernstein vor Jahren in der „Neuen Zeit“ schrieb,

„eine halbfeudale bürokratische Regierung den Prozeß der Klassenkampf Bewegung „wie am Schnürchen“ treibhausmäßig begünstigt“. Nunmehr freilich dürfte sich auch in England eine neue Phase der Bewegung vorbereiten, die mit dem System eines zeitweiligen Paktirens mit den bürgerlichen Parteien endgültig bricht und einer modernen proletarischen Klassenbewegung die Wege ebnet. Sind erst die Wunden vernarbt, die der südafrikanische Krieg der englischen Volkswirtschaft beigebracht hat, und beginnen die Wirkungen der aufstrebenden Weltmacht der Vereinigten Staaten erst vollauf ihre Spuren zu zeigen, dann stehen zweifellos neuerliche ernste Kämpfe der englischen Gewerkschaftsbewegung bevor, die diese selbst mit neuem Geiste erfüllen werden, so daß auch diese letzte Phase ihres geschichtlichen Verdeganges einen lehrreichen Schlüsselpunkt bilden wird, der uns zeigt, daß jede dauernde Interessenharmonie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft eine Fiktion ist, die durch die Macht der historischen Thatsachen früher oder später grausam zerstört wird. Keine Klassenversöhnung — Klassenkampf ist die Richtschnur einer jeden modernen und dauernd erfolgreichen Gewerkschaftspolitik.

Fr. L.

Das Wahljahr.

Th. Berlin, 28. Dezember 1902.

Frühgeburten sind in der Regel kränkeltende, schwächliche Geschöpfe. Das zwanzigste Jahrhundert, von dem nunmehr zwei Jahre verstrichen sind, hat bis jetzt diese Regel bestätigt. Es gehört gleichfalls zu den Frühgeburten; denn bekanntlich wurde auf Befehl Wilhelms II. sein Beginn offiziell schon am 1. Januar 1900 gefeiert, während erst der 1. Januar 1901 den naturgemäßen Anfang eines neuen Jahrhunderts darstellte.

Die beiden Jahre, die das neue Jahrhundert nunmehr an die Vergangenheit abgegeben hat, sind überreich an krankhaften Erscheinungen gewesen; es handelt sich aber nicht um Kinderkrankheiten, sondern um Anzeichen der Greisenhaftigkeit. Der bürgerliche Staat ist eben in's Greisenalter getreten, und da machen sich die Gebrechen der nahenden Auflösung bemerkbar. Zwei charakteristische Merkmale übernahm das scheidende Jahr 1902 von seinem Vorgänger: eine hochgradige Arbeitslosigkeit als Folge der wirtschaftlichen Krise und den Kampf gegen den Zollwucher. Weides wird auch in's neue Jahr hinübergenommen, die Krise und der hartnäckige Kampf gegen die Vertheuerung der Lebenshaltung des arbeitenden Volks zu Gunsten des Staatsäckels und einer Hand voll Besitzender. Ist auch die Entscheidung im Reichstage vorerst unabwendbar, so ist die Arbeiterklasse doch nicht gewillt, das Kriegsschiff zu begraben, und gerade das neue Jahr wird ihr Gelegenheit geben, den Segner dort zu treffen, wo er am verwundbarsten ist, nämlich in seiner Machtposition in der gesetzgebenden Körperschaft des Reichs.

Auch die wirtschaftliche Krise ist noch nicht überwunden. Sie scheint zwar in den letzten Monaten keine weitere Vertiefung erfahren zu haben; doch ist auch eine nennenswerthe Besserung auf dem Arbeitsmarke nicht oder wenigstens nicht allgemein zu konstatieren; Montanindustrie, Metallbearbeitung und Maschinenbau leiden noch furchtbar unter der Geißel des Tiefstandes, und daß auch die anderen Erwerbsgruppen schwer nach Alhem ringen, zeigen die von den Arbeitern vielerorts vorgenommenen Arbeitslosenzählungen. Es ist das Verdammungsurtheil gegen die heutige Wirtschaftsordnung, daß sie nicht allen Händen Beschäftigung zu geben vermag, und daß sie, da Arbeitslosigkeit für das Proletariat gleichbedeutend ist mit Hunger — einfach Hunderttausende zur Hungerstrafe verurtheilt, obwohl eben diesen Hunderttausenden Bestrafter nicht die mindeste Schuld an der Krise beizumessen ist. Die bürgerliche Wirtschafts- und Rechtsordnung bestraft den schuldlosen Arbeiter für ihre eigenen Verbrechen und sie belohnt durch die Zollmilliarde das schuldige Kapital und seine Leibgarde.

Das Jahr 1902 brach damit an, daß in der Reichshauptstadt eine furchtbare Familientragödie sich abspielte. In der zweiten Morgenstunde des Neujahrstages erschof der Uhrmacher Pleß in der Dranienstraße infolge anhaltender Arbeitslosigkeit und schwerer Krankheit sein Weib, seine vier Kinder und zuletzt sich selbst. Auf den Straßen rauschte noch der Sylbesternjubil; „Profit Neujahr!“ erscholl es aus heiseren Rachen; die Gläser klangen; der Punsch dampfte — und in einem Hinterhause der Dranienstraße spielte sich jener grauenhafte Akt der Verzweiflung ab. Ist er im verstrichenen Jahre der einzige geblieben? Haben nicht Noth und die Unmöglichkeit, ihre Familie zu ernähren, im Laufe des Jahres Hunderte, ja Tausende ehrlicher Arbeiter und Handwerksmeister zum Selbstmord getrieben? Seit Mitte des vorigen Jahrzehnts pendelt die Zahl der jährlichen Selbstmorde in Deutschland um die Biffer von zehntausend. 1897 war sie schon über die elftausend gestiegen, und man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß das letzte Jahr die Biffer der dreizehntausend nahe gebracht hat.

Dreizehntausend Selbstmorde in einem Jahre! Dazu an zehntausend tödtliche Betriebsunfälle in Industrie und Gewerbe, überfüllte Gefängnisse und Zuchthäuser,

grausiges Elend in ungezählten Wohnungen! Fürwahr, die bürgerliche Gesellschaft kann stolz sein auf dieses Ergebnis ihrer Leistungen, und die geschicktesten wie die geschorenen Pfaffen haben allen Anlaß, der Weisheit, Güte und Gerechtigkeit des Herrgotts, an dessen Dasein sie das Volk glauben machen möchten, ein Hallelujah zu singen!

Die einzelnen Monatsbilanzen sind nicht günstiger, als der Jahresabschluss. Ueberall ein Defizit zwischen Soll und Haben, überall ein Minus. Die Liste würde viel zu lang werden, wollte man versuchen, in einem Artikel auch nur eine gedrängte Uebersicht der Ereignisse zu geben; nur kapitelweise können sie angedeutet werden. Da haben die Lohnfürzungen das ganze Jahr nicht abgeriffen; die Unternehmerverbände nutzten gar gewissenhaft die hilflose Lage der Arbeiter aus. Daneben wurden harte Verurtheilungen gegen Arbeiter, die sich ihrer Haut wehrten, in Masse ausgesprochen. Das Gericht im Bunde mit den Kapitalisten! Die Polizei half treulich mit. Die Meldungen über schwere Mißgriffe der Polizei nahmen kein Ende, und die Mittheilungen der Presse unter der Spitzmarke „Schutz vor Schutzleuten“ sind zur ständigen Aubrik geworden. Auch in den Kasernen wird flott barauslos gemißhandelt, und so grausam die Strafen sind, die über einen „gemeinen“ Soldaten verhängt werden, wenn er sich an einem Stellvertreter Gottes vergreift hatte, so mild fallen die Urtheile gegen Unteroffiziere aus, wenn sie einen Meutruen zu Tode malkrätirt haben.

Die zwangsweise Pensionirung des pofenschen Steuerdirektors Löhning, weil er die Tochter eines Feldwebels geheirathet hatte, ließ einen Blick in die noch florirende Kastenherrschaft werfen, und der Tratschner Lehrerprozeß zeigte, wie der Sieger von Königgrätz in den Kreisen Derer geachtet wird, deren Interessen er noch immer glaubt vertreten zu müssen.

Gegen Schluß des Jahres häuften sich die vulkanischen Ausbrüche aus dem kranken Gesellschaftskörper zum Erschrecken. Wie der Mont Pelée den großen Theil einer fruchtbaren Insel verwüstet hat, so bedeckte ein wahrer Schlackenregen das öffentliche Leben. Aus allen Winkeln und Ecken brach der Lavaström hervor. Die Zahl der unterschlagenden Beamten, der flüchtigen Kassirer, der an Kindern sich vergreifenden Wüstlinge ist Legion geworden. Die Kruppaffäre spielte mit hinein. In Kaiserreden und Kronprinzschreiben wurden wir Sozialdemokraten als Ausbund der Verwerflichkeit hingestellt — das kümmert uns freilich nicht; wir gehen uns e re Wege, mögen die Gefrübten ihre Wege gehen. Man hat in zahlreichen Fabriken und Werken die Arbeiter gezwungen, Ergebnissadressen zu unterzeichnen, an denen ihr Herz keinen Antheil hatte, und wir, denen die gradlinige Wahrheit die höchste und einzige Richtschnur ist, wir mußten den Arbeitern den Rath geben: Lügt, heuchelt, unterschreibt die Adressen, damit ihr euch und eure Kinder nicht brotlos macht. Dem so weit trieb es Unternehmerröheit, daß sie gradlinige Arbeiter, die nicht unterschreiben mochten, weil sie an ihrer Ueberzeugung nicht zum Lügner werden wollten, Knall und Fall auf's Pflaster warfen wie aussächtige Hunde, selbst wenn die Arbeiter 20 Jahre und länger in dem Betriebe gefrohnbel hatten.

Aber weit überragt werden alle diese kleineren Vorkommnisse durch die Schamlosigkeit, mit welcher die Mehrheit der „Wolfsvertreter“ den Wuchertarif zum Gesetz gemacht. Nur einen Lichtstrahl brachte das scheidende Jahr: die Flucht der sächsischen Kronprinzessin und ihres Bruders, eines östereichischen Erzherzogs. Dieses „Krachen der Throne“ war Musik für die Ohren des klassenbewußten Proletariats. Wenn ein Weib die nahe Krone flieht, um ihrem Menschthum treu bleiben zu können, wenn es der — ja so, das Wort darf ich nicht schreiben — wenn es dem Hofe den Rücken kehrt, alle Brücken hinter sich abbricht, weil es sich angewidert fühlt vom Hofgetriebe, dann wird dadurch dem gutgläubigen Volke ein Wild über das Hofleben gegeben, wie es die Feder des hochstapeltendsten Satirikers nicht schärfer umreißen kann.

Das war das vergangene Jahr; ein neues ist gekommen. Es bringt Wahlen. Wahlen zum Reichstage, Wahlen zu den Landtagen, Wahlen zu den Gemeindevertretungen, Wahlen zu den verschiedensten kleineren Körperschaften.

Der Wahlzettel ist jederzeit noch die mächtigste Waffe des Proletariats. Noch darf es die Waffe schwingen, und es muß sie schwingen, so furchtlos, so ganz allein in seinem Interesse, daß die Herrschenden erbeben. Mögen sie denn auch diese Waffe dem Arbeiter noch rauben — fort damit; dann würde eben ein anderes Abwehrmittel an Stelle des Wahlzettels treten, das den Herrschenden sicher noch weniger behagt. Jetzt gilt es zu wählen und vorher zu — wählen. Auf dem Zimmerplatz, im Gespräch, im Hause, überall. Jeder ein unermüdblicher Agitator! In unsere Hand ist unser Schicksal gelegt. Nichts weiter erstreben wir, als daß die gesetzgebenden Körperschaften den Ausdruck der wirklichen Willensmehrheit werden. Bescheidener kann die Arbeiterklasse nicht sein. Aber in Erreichung dieses Zieles muß sie vorgehen rücksichtslos, unermüdblich, opferbereit und mit zäher Ausdauer.

Was die Mommsen, Naumann und Liszt ihren Klassen-genossen gepredigt haben, ist brav gemeint, wird aber nicht allgemein befolgt werden. Auf sich selbst muß die Arbeiterklasse verlassen; sie hat die Kraft, wenn sie nur ernstlich drangeht.

Und die freudige Parole für das neue Jahr lautet: W ä h l e n und siegen! Die „Glenden“ werden zeigen, wie viele ihrer sind.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Endgültiges Resultat der Erhebungen über die Arbeitslosigkeit unter den Mitgliedern des Verbandes für den 9. November 1899 und den 10. November 1902.

| Jahr | Es betheiligten sich | | Nicht arbeitslos waren | | Arbeitslos waren wegen | | | | | |
|----------|----------------------|------------|------------------------|--------------|------------------------|--------------|-------------------|--------------|---------------|--------------|
| | Zahlstellen | Mitglieder | Mitglieder | in Prozenten | Krankheit | in Prozenten | Witterungseinfluß | in Prozenten | Arbeitsmangel | in Prozenten |
| 1899 ... | 247 | 18046 | 12260 | 93,98 | 286 | 2,19 | 64 | 0,49 | 436 | 3,84 |
| 1902 ... | 399 | 22932 | 20504 | 89,40 | 518 | 2,26 | 109 | 0,48 | 1801 | 7,86 |

Definitives Ergebnis für den 8. Dezember 1899 und vorläufiges Resultat für den 6. Dezember 1902.

| Jahr | Es betheiligten sich | | Nicht arbeitslos waren | | Arbeitslos waren wegen | | | | | |
|---------|----------------------|------------|------------------------|--------------|------------------------|--------------|-------------------|--------------|---------------|--------------|
| | Zahlstellen | Mitglieder | Mitglieder | in Prozenten | Krankheit | in Prozenten | Witterungseinfluß | in Prozenten | Arbeitsmangel | in Prozenten |
| 1899 .. | 247 | 12855 | 10933 | 85,04 | 410 | 3,19 | 186 | 1,44 | 1326 | 10,32 |
| 1902 .. | 374 | 19169 | 12820 | 66,88 | 559 | 2,92 | 2242 | 11,70 | 3548 | 18,50 |

Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit werden auch im Jahre 1903 in der bisher üblichen Weise erfolgen, und gelangt das Material dazu in den ersten Tagen des Januar an die Zahlstellen zur Versendung. Der nächste Erhebungstag ist der 31. Januar.

Unsere Lohnbewegungen.

Forderungen in Bahn. Unsere Kameraden haben beschlossen, ihren Unternehmern Forderungen auf Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu stellen. Vom 1. Februar ab soll ein Stundenlohn von 30 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden. Junggefellene, die erst ein Jahr Geselle sind, sowie solche Zimmerer, welche Invalidenrente beziehen, sollen einen Stundenlohn von 25 $\frac{1}{2}$ erhalten. Der längste Arbeitstag soll 11 Stunden betragen. Bei Arbeiten, welche mehr als 5 Kilometer von der Bahn entfernt auszuführen sind, ist die Laufzeit mitzubezahlen, ist Bahnverbindung vorhanden, so hat der Meister das Fahrgehalt zu entrichten. Weitere Forderungen beziehen sich auf Bauarbeiterschutz und Quartiere bei Arbeiten über Land.

Vertragsverhandlungen in Breslau. Uns wird darüber berichtet: Die Zimmerer Breslaus und Umgebend beschloßen kürzlich, beim Arbeitgeberbund für das Baugewerbe anzufragen, ob dieser geneigt sei, mit ihren Vertretern und denen der hiesigen Maurerorganisation für das kommende Jahr eine gemeinschaftliche Arbeitsordnung auszuarbeiten. Bekanntlich befinden sich gegenwärtig beide Kategorien ohne eine solche; denn man lehnte es seinerzeit ab, nach dem an die Arbeiterschaft gerichteten Tarif zu arbeiten, da dieser im Gegensatz zu der früheren Arbeitsordnung eine Reihe von wesentlichen Verschlechterungen für die Arbeiterschaft aufwies. Die Zimmerer hielten am Sonntag, den 14. Dezember, im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab; in derselben wurde mitgeteilt, daß die vereinigte Arbeiterschaft sich mit der Festsetzung eines Tarifes einverstanden erklärt habe, auch habe, was die Arbeitsordnung für die Zimmerer anbetrifft, bis auf einige Positionen eine Verständigung herbeigeführt werden können. Größer seien die Differenzen bei den Maurerarbeitern; um diesen auch zu ihrem Recht zu verhelfen, habe man sich noch nicht auf jene Vereinbarungen festgelegt. Nach Stunden langer Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in welcher man der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß nur die Abschließung einer Tarifgemeinschaft einen dauernden und gesunden Frieden im Baugewerbe gewährleisten könne. Im Weiteren erklärte man sich mit dem Resultat der Verhandlungen einverstanden, bis auf den Punkt: „der durch Altersschwäche gewordenen Kameraden“. Die Versammlung beauftragte den Vorstand, diesbezüglich noch eine Rücksprache mit den Prinzipalen vorzunehmen und vertagte die Abstimmung über die Arbeitsordnung bis dahin.

Nachklänge von der Ausperrung in Hamburg. Der Straffenrat des Oberlandesgerichts verwarf in seiner letzten Sitzung die Revision des Zimmerers K. gegen ein Urtheil der Strafkammer II des hiesigen Landgerichts, durch das K. wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen zu 10 Geldstrafe verurtheilt war. Das Landgericht hatte auf Grund des eidlichen Zeugnisses des Schutzmannes Berndt „thatsächlich festgestellt“, daß K. mehrere Tage hinter einander an der Ankunftsseite des Venloer Bahnhofes ankommende Bahnreisende angerebet, angehalten, dadurch theilweise zum Niederlegen der Koffer veranlaßt und so die freie Passage gestört habe. Insbesondere hatte er „thatsächlich festgestellt“, daß K. am 24. Juni sich zwischen die den Bahnhof verlassenden Passagiere gedrängt, sie angerebet und dann in der bezeichneten Weise den freien Verkehr gehindert habe. Der Schutzmann Berndt hatte K. dann aufgefordert, fortzugehen. K. soll nicht sofort gegangen sein und daher die Bestrafung. Dr. v. Oldershausen machte als Vertretiger zur Begründung der Revision geltend: K. sei ohne Zweifel wegen seiner Eigenschaft als Streikposten fortgewiesen, eine solche Anordnung entbehre jedoch jeder rechtlichen Grundlage und

sei deshalb ein Akt der Willkür, dem man keinen unbedingten Gehorsam schuldig sei. Oberstaatsanwalt Kessler beantragte Verwerfung der Revision. K. sei unbestritten Streikposten gewesen. Und der Schutzmann hätte deshalb eine Störung der öffentlichen Ordnung, Ruhe, Sicherheit von ihm befürchtet. Ob diese Befürchtung gerechtfertigt sei, komme nicht in Betracht. Das Oberlandesgericht verwarf, wie schon oben gesagt, die Revision als unbegründet, jedoch hob in seiner Urtheilsbegründung der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrath Dr. Neumann, hervor, daß nach den Feststellungen des Landgerichts in diesem Falle die Anordnung des Schutzmannes ergangen sei, weil K. thatsächlich die Bequemlichkeit der freien Passage gestört habe. Die Anordnung, die nicht lediglich deshalb ergangen sei, weil K. ein Streikposten gewesen wäre, charakterisire sich deshalb nicht als ein Akt der Willkür.

Nachklänge vom Streik in Köln a. Rh. im Jahre 1901. Am 17. Dezember 1902 beschäftigte sich die erste Strafkammer des Landgerichts in Köln mit der letzten der aus dem im Jahre 1901 stattgefundenen Streik entstandenen Anklagen. Angeklagt waren die Zimmerer L. und O. Am 29. Juni war in dem Lokale, wo sich das Streikbureau befand, Kirmes und des Abends Tanz. Des Abends gegen 8 Uhr erschienen in diesem Lokale drei Arbeitswillige, zwei Zimmerer und ein Schreiner. Ihr ganzes Auftreten ließ erkennen, daß sie gekommen, um Streik anzufangen. Sie haben ihre Absicht nur zu gut erreicht, denn bald ging das Gebränge und Geschreie los, und dabei sind die Arbeitswilligen nicht glimpflich fortgekommen. Die Folge war eine Anklage der Streikenden. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der beiden Angeklagten eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, der Gerichtshof verurtheilte jeden zu vier Monaten Gefängnis.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bromberg. In einer öffentlichen Zimmererverversammlung am 17. Dezember referirte Kamerad Schrader-Hamburg über: „Die Entwicklung und die Erfolge des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands“. Seine Ausführungen fanden ungetheilten Beifall. Eine Diskussion fand nicht statt.

Cöpenick. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle fand am 14. Dezember statt. Es wurden zunächst die Beiträge kassirt und hierauf die Wahl des Vorstandes erledigt. Anschließend hieran wurde die Aufstellung eines Kandidaten zur 15. Generalversammlung vorgenommen. Betreffs der Lohnfrage, die im dritten Punkt zur Verathung stand, erklärte man sich mit dem bereits in einer öffentlichen Versammlung gefaßten Beschluß, vom 1. April ab einen Stundenlohn von 65 $\frac{1}{2}$ zu fordern, einverstanden. Der Vorstand wurde beauftragt, den Arbeitgeberbund hieron in Kenntniß zu setzen. Nach Erledigung mehrerer örtlicher Angelegenheiten erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Ulrich. Am 20. Dezember fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle, die nur schwach besucht war, statt. Der Kassirer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt und von der Versammlung anerkannt wurde. Hierauf erstattete der Delegirte den Bericht von der Erfurter Konferenz, wobei er besonders hervorhob, daß die Agitation am Orte und in der Umgegend energischer betrieben werden müsse, um die Zahlstelle auf die Höhe zu bringen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden noch örtliche Angelegenheiten geregelt und sodann die Versammlung geschlossen.

Erfurt. In der Mitgliederversammlung am 12. Dezember erstattete zunächst der Vorsitzende den Geschäftsbericht des verfloßenen Jahres. Versammlungen haben im Ganzen 13 stattgefunden, davon drei öffentliche und zehn Mitgliederversammlungen; in drei Versammlungen sind Vorträge gehalten worden. Im Weiteren gab er das Ergebnis der Arbeitslosenräthung am 6. Dezember bekannt. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Anwesenden auf, alle Kraft zu entfalten, damit unsere Zahlstelle wieder auf die frühere Höhe gebracht würde. Anschließend hieran wurden die Wahlen des Vorstandes, der Revisoren und der Unterkassirer vollzogen. Hierauf wurde die Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung erledigt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den zureisenden Kameraden eine Extraunterstützung von 25 $\frac{1}{2}$ zu gewähren. Mit den Vorbereitungen zu dem im Februar stattfindenden Stiftungsfeste wurde der Vorstand beauftragt; ihm wurden zur Unterstützung zwei Mitglieder beigegeben. Hierauf wurde noch eine Kommission von drei Mann gewählt, die die Aufgabe hat, die einleitenden Schritte zur Naturalisirung derjenigen Kameraden, die bisher nicht im Besitze des Bürgerrechtes sind, zu unternehmen.

Goslar. Am 20. Dezember fand eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung statt. Kamerad Finsel hielt einen Vortrag über: „Gewerbe- und Innungsschiedsgerichte“. Kamerad Mahn machte noch eine Ausführung über das Krankenkassengesetz. Bei der nun stattfindenden Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch Kamerad Mahn als Kandidat zur Delegirtenwahl für die Generalversammlung aufgestellt war, theilte der Vorsitzende mit, daß das Mitglied Brenner infolge eines Unfalles schwer krank danieder liege und einer Unterstützung dringend bedürftig sei. Ein Antrag auf Unterstützung wurde einstimmig angenommen. Betreffs Austragens des „Zimmerer“ wurde beschlossen, daß der Kolporteur pro Monat und Mitglied 10 $\frac{1}{2}$ erhalten solle und zwar 5 $\frac{1}{2}$ vom Mitgliede und 5 $\frac{1}{2}$ aus der Lokalkasse. Nachdem noch beschlossen war, die Versammlungen, am letzten Sonnabend im Monat stattfinden zu lassen, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Sohndobeleben. Am 14. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Zunächst wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Da die Versammlung sehr schwach besucht war und um die Auflösung der Zahlstelle zu vermeiden, waren die bisherigen Vorstandsmitglieder gezwungen, die Posten wieder anzunehmen. Für den Vorsitzenden und den Kassirer wurde eine Entschädigung von M. 5 und M. 12 bewilligt. Die Kolportage des „Zimmerer“ wurde dem Kassirer übertragen. Als Kandidat zur 15. Generalversammlung wurde Kamerad Grupe aufgestellt. Für einen hilfsbedürftigen Kameraden wurde ein Vorschlag von M. 10 bewilligt, der bis 1. Juli 1903 wieder zurückzahlen ist. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Königsberg. Am 8. Dezember tagte in der „Pödnichhalle“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die sehr schwach besucht war. Es wurde zunächst das Protokoll verlesen und

sodann die Abrechnung vom Familienfest bekannt gegeben. In eingehender Weise erläuterte hierauf der Vorsitzende den Zweck und Nutzen des Verbandes. Es gebe noch immer eine ganze Anzahl Kameraden, die den Werth der Organisation durchaus nicht begriffen hätten. Daher müsse es unsere Aufgabe sein, immer mehr Aufklärung zu schaffen, denn nur, indem wir nach allen Seiten aufklärend wirkten, würde es uns gelingen, die Indifferenten aus ihrer Gleichgültigkeit herauszureißen. Der Kassirer forderte ebenfalls auf, sich mehr als bisher zu betheiligen, besonders für besseren Versammlungsbefuch Sorge zu tragen. Er wies noch darauf hin, daß im kommenden Frühjahr unsere Generalversammlung stattfindet, und da könne es doch wohl nur wünschenswerth sein, wenn auf derselben die hiesige Zahlstelle durch einen Delegirten vertreten wäre. Es wurde dann noch recht lebhaft diskutiert, wie die Agitation betrieben werden soll, und beschloß man, sich dieserhalb mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu setzen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde das Ueberstundenarbeiten scharf gerügt. In einer Zeit, wo ein großer Theil unserer Kameraden arbeitslos sei, dürfe es jedenfalls nicht noch vorkommen, daß nicht nur Ueberstunden, sondern auch noch des Sonntags gearbeitet würde; das müsse unter allen Umständen vermieden werden, wenn nicht Mißstände einreißen sollen, die nachher schwer zu beseitigen sind.

Landesberg a. d. W. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am 14. Dezember statt. Es wurde zunächst das Protokoll verlesen und hierauf die Vorstandswahl, wie auch die Wahl von Platzdelegirten vorgenommen. Von der Provinzialkonferenz in Berlin berichtete der Vorsitzende. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen derselben einverstanden. In „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den durchreisenden Kameraden zu der seitens der Hauptkassie gezahlten Reiseunterstützung eine Extraunterstützung von 40 $\frac{1}{2}$ zu gewähren; jedoch müssen die Beiträge für die Sommermonate voll entrichtet sein. Bei Junggefellene sind Ausnahmen zulässig. Nachdem noch verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt, erfolgte der Beschluß der Versammlung.

Viegnitz. Am 10. Dezember fand hier selbst unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die nur schwach besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Wahl des Vorstandes und der Kartelldelegirten vollzogen. Hierauf berichtete Kamerad Herms von der Konferenz in Breslau, sodann erstattete er den Kartellbericht. Zu dem am 28. Februar im „Kronprinzen“ stattfindenden Stiftungsfeste wurde ein Festkomité von fünf Mann gewählt, das mit den nothwendigen Vorbereitungen beauftragt wurde. Den streikenden Textilarbeitern in Meerane wurden M. 3 aus der Lokalkasse bewilligt. Nachdem noch vom Vorstand darauf aufmerksam gemacht, daß die nächste Versammlung am 7. Januar stattfindet, erfolgte der Beschluß.

Bosen. Eine öffentliche Zimmererverversammlung tagte am 21. Dezember im Verndt'schen Lokale. Kamerad Schrader-Hamburg schilberte in längerem Vortrage die Lage der Zimmerer Deutschlands, ganz besonders die Verhältnisse in der Provinz Bosen beleuchtend. Er streifte die in diesem Jahre in Bosen geführte Lohnbewegung und forderte die Anwesenden zur energischen Mitarbeit an der Ausbreitung des Verbandes auf. Hierauf wurde die Wahl der Delegirten zur Generalversammlung und anschließend hieran die Wahl des Vorstandes, der Revisoren und der Kartelldelegirten vollzogen. Vom Kameraden Schrader wurde dann noch darauf hingewiesen, daß von Neujahr ab die Beiträge nicht, wie bisher üblich, im Vereinslokal, sondern in den Räumen des Kartells, Breitestraße 21, entgegengenommen werden. Mit einem Hoch auf den Verband wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Solingen. Am 21. Dezember fand unsere Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge erhoben und wurde in eine Verathung über die Lohnfrage eingetreten und beschlossen, von einer Lohnforderung Abstand zu nehmen, sondern den Tarif auf ein weiteres Jahr zu verlängern. Hierauf wurde die Wahl eines Delegirten zum Zentralkomité vorgenommen. Nach dem Bericht des Delegirten hat das Zentralkomité M. 100 für die streikenden Weber in Meerane bewilligt. Den zu Weihnachten zureisenden Kameraden wurde eine Unterstützung von M. 1 gewährt.

Thorn. Eine Mitgliederversammlung am 28. November nahm den Bericht des Delegirten von der Konferenz in Bosen entgegen. Mit den Beschlüssen derselben erklärte sie sich einverstanden; besonders die Einführung der Einheitsmarke fand allseitig Zustimmung. Der zweite Punkt: „Kartellfrage“, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Am 14. Dezember fand abermals eine Mitgliederversammlung statt, in welcher im ersten Punkt der Tagesordnung die Wahl des Vorstandes und der Revisoren vorgenommen wurde. Im zweiten Punkt wurde der Anschluß an das Gewerkschaftskartell beschlossen und gleichzeitig zwei Delegirte zu demselben gewählt. Hierauf hielt Genosse Bierredtor einen beifällig aufgenommenen Vortrag. (Auf die Wiedergabe seiner Ausführungen dürfen wir wohl verzichten, da sich dieselben im Wesentlichen mit dem Inhalt des Artikels in Nr. 49 des „Zimmerer“, „Ein parlamentarischer Wanditenstrich“, decken. D. Red.)

Wegesack. Die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle, die ziemlich gut besucht war, fand am 21. Dezember statt. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß sich die Zahlstelle im Laufe des Jahres recht gut entwickelt hat, besonders durch die Hausagitation sei es gelungen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Die Wartthätigkeit war eine gute und versprach auch für das Frühjahr recht günstige Aussichten. Der Stand der Kassenverhältnisse sei zufriedenstellend. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Als Kandidat zur 15. Generalversammlung wie auch als Delegirter zur Konferenz in Bremen wurde Kamerad Madzuhn gewählt. Nach einem fernigen Appell des Vorsitzenden an die Anwesenden, im neuen Jahre energisch für die Ausbreitung unseres Verbandes zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Welten. Am 21. Dezember fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Nachdem die Beiträge erhoben waren, erstattete der Delegirte von der Konferenz in Berlin Bericht. Die Versammlung erklärte sich mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden. Nachdem die Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung erfolgt war, wurde über die Vorkommnisse auf dem Korad'schen Platz in Henningsdorf verhandelt. Es wurde festgestellt, daß dort, obwohl Kameraden wegen Mangels an Arbeit entlassen, des Sonntags gearbeitet worden sei. Vom

Vorstehenden wurde zum Schluss der Versammlung noch darauf hingewiesen, daß es Pflicht aller Kameraden sei, die bürgerlichen Zeitungen aus dem Hause zu bannen und dafür auf die „Wanzenburger Zeitung“ zu abonnieren.

Vermischtes.

Lohnstatistik der Zahlstelle Queblinburg. Unsere Kameraden in Queblinburg haben am 20. Mai 1902 mit ihren Unternehmern einen Lohnvertrag abgeschlossen, worin festgelegt ist, daß ein Durchschnittslohn von 33 bis 35 % gezahlt werden soll. Jetzt haben sie nun einmal eine Probe auf's Exempel gemacht und im November eine Erhebung über die gezahlten Löhne vorgenommen. Nachstehende Tabelle zeigt, welche Löhne auf den einzelnen Plätzen gezahlt werden und giebt auch an, wie viel Zimmerer Verbandsmitglieder sind. Eine Berechnung des Lohnes ergibt nun, daß der Durchschnittslohn 33 1/2 % beträgt.

Table with columns: Name des Unternehmers, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Dröge & Neue, Müller, Hammer, etc.

Außer den auf der Tabelle bezeichneten Unternehmern beschäftigt noch die Firma Dippe circa 13 Zimmerer, welche im Sommer einen Stundenlohn von 30 % und im Winter von 27 % erhalten. Dem Verband gehört keiner dieser Zimmerer an.

Lohnstatistik der Zahlstellen in Württemberg. In der am 21. September in Stuttgart abgehaltenen Konferenz wurden auch die Lohnverhältnisse besprochen und daran anschließend versprochen die Delegierten, in ihren Zahlstellen Erhebungen vorzunehmen. Um dieselben möglichst einheitlich zu gestalten, sollten die in dem Buche „Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung“ gegebenen Anweisungen dienen. Die Zahlstellen haben neue Erhebungen veranstaltet und wir bringen dieselben nun zur allgemeinen Kenntnis.

In Wiberach sind neun Unternehmern vorhanden, die 53 Zimmerer beschäftigen. Der Stundenlohn schwankt zwischen 24 und 35 %, der Durchschnittslohn beträgt 29 %. Wie die Zimmerer bei den einzelnen Unternehmern verteilt sind und welche Löhne dort gezahlt werden, zeigt nachstehende Tabelle:

Table with columns: Name des Unternehmers, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Wobi, Märle, Wahl & Schmidt, etc.

In Heidelberg werden bei neun Unternehmern 130 Zimmerer beschäftigt. Auch hier werden Klassenlöhne gezahlt, die mit 25 % beginnen und mit 40 % enden. Von den Zimmerern gehören 69 dem Verbands an, bei drei Unternehmern sind Organisationsüberhaupt nicht vorhanden. Die nachfolgende Tabelle zeigt auch hier die Verhältnisse, wie sie bei den einzelnen Unternehmern vorhanden sind.

Table with columns: Name des Unternehmers, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche diese erhalten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Bertsch, Hubmann, Kreier, etc.

In Lorch ist nur ein Zimmermeister vorhanden, welcher 15 Zimmerer beschäftigt. Davon erhalten 2 einen Stundenlohn von 20 %, 12 29 % und einer 33 %. Dem Verbands gehören 9 Mann an.

In Ravensburg werden bei 56 Unternehmern 56 Zimmerer beschäftigt, wovon 21 Verbandsmitglieder sind. Auch hier herrschen Klassenlöhne, und zwar werden Stundenlöhne von 26 bis 38 % gezahlt.

In Schweningen wird noch im Tagelohn gearbeitet, und ist derselbe im Winter durchschnittlich um 50 % niedriger. Die Tabelle stellt Sommerlöhne dar. Dem Verbands gehören dem-

nach von 33 Zimmerern nur 2 an; 6 weitere Verbandsmitglieder arbeiten außerhalb.

Table with columns: Name des Unternehmers, Zahl der beschäftigten Zimmerer, Tagelöhne in Mark und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Wörg, Schmidt, Bertsch, etc.

In Stuttgart wurden 392 Zimmerer bei 31 Unternehmern nach ihrem Lohn befragt, in sechs kleineren und einem größeren Geschäft, welche zusammen 45 Zimmerer beschäftigen, waren Erhebungen nicht möglich. Wie aus der unten abgedruckten Tabelle ersichtlich, giebt es 17 Lohnklassen, bei 30 % beginnend und bei 50 % endend. Die Zimmerer, welche mit 45 % und mehr bezahlt werden, sind Poliere oder auch Vorarbeiter. Werden diese ausgeschlossen, so ergibt sich ein Durchschnittslohn von 42 % pro Stunde.

Table with columns: Name des Unternehmers, Zahl der beschäftigten Zimmerer, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Barth & Söhne, Behn, Boffert, etc.

In Zuffenhausen sind die Lohnverhältnisse ebenfalls nicht besser als in den schon genannten Orten; auch hier sind zehn Lohnklassen und dem Verbands gehört ebenfalls nur die Minderheit der Zimmerer an.

Table with columns: Name des Unternehmers, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Mödner, Ade, Wörg, Meier & Sohn.

Die ganzen im Vorstehenden dargestellten Lohnverhältnisse unserer Kameraden in Württemberg ergeben kein erfreuliches Resultat. Sie zeigen aber auch, daß mit größerer Energie für Ausbreitung des Verbandes eingetreten werden muß. Durch die Organisation ist es auch dort nur möglich, bessere Löhne zu erringen.

Lohnstatistik der Zahlstelle Augsburg. Eine im vierten Quartal veranstaltete Erhebung über die Zahl der beschäftigten Zimmerer, über deren Verteilung auf den einzelnen Plätzen, sowie über die Zugehörigkeit zum Verbands ergab das in der nachstehenden Tabelle verzeichnete Resultat:

Table with columns: Name des Unternehmers, Zahl der beschäftigten Zimmerer, Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, Dem Verbandsmitgliedern an. Lists names like Karl Walter, Maier & Sohn, Michael Maier, etc.

Das Resultat, welches diese Erhebung zeitigte, ist ebenfalls nicht erfreulich, nur 18 pzt. der Zimmerer sind organisiert und das erklärt eigentlich alles Andere.

Statistisches aus Mannheim. Der Vorstand unserer Zahlstelle unternahm es, im dritten Quartal eine Erhebung über die Lohnverhältnisse, die Verteilung der Zimmerer auf den einzelnen Plätzen, sowie über das Alter vorzunehmen. Die Erhebung ist aber nicht das gemordet, was sie werden sollte. Der Mißerfolg wird darin zu suchen sein, daß die Erhebung den Kolporteurs und nicht den Platzdeputierten übertragen war.

Die Erhebung hat sich auf 28 Geschäfte erstreckt, welche zusammen 223 Zimmerer beschäftigten, davon haben aber nur 144 Angaben gemacht oder sind nur befragt worden. Das Lohnverhältnis dieser Zimmerer gestaltet sich folgendermaßen:

Table with columns: Stundenlöhne in Pfennigen und Anzahl der Zimmerer, welche dieselben erhielten, unter 41, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 61.

Von diesen 144 Mann waren 15 unter 20 Jahre alt, 63 waren 20 bis 30, 33 waren 30 bis 40, 18 waren 40 bis 50, 10 waren 50 bis 60 und 5 waren bis 70 Jahre alt. Verheiratet waren 88, welche zusammen 142 Kinder unter 14 Jahren hatten. Die Zahl der Tage, an welchen wegen Mangel an Arbeit gefeiert werden mußte, betrug 161, und die Zahl der Krankheitsstage 154. Diese Statistik ergibt, wie wir bereits bemerkten, kein richtiges Bild über die Verhältnisse unserer Kameraden, hoffentlich wird für die Zukunft der Pflege der Statistik mehr Aufmerksamkeit geschenkt.



Baugewerbliches.

Neubau- und Gerüstestürze. In Mannheim ist an den Arkadenbauten am Friedrichsplatz das Gerüst eingestürzt. Darüber wird berichtet: Von den Bauten, die die Firma Martin Mayer auführt, ist das Mauerwerk des ersten Stockwerks fertiggestellt. Die Gerüste waren, wie man dies der Einfachheit halber thut, schon für den ganzen Bau aufgestellt. Ganz oben standen die schweren Maschinen zum Aufziehen des Materials. Bei dem mittleren Gerüstteil begann aus bis jetzt noch nicht ermittelter Ursache der Einsturz. Ein heftiger Windstoß erfaßte den Gerüstbau von vorn und bog ihn über das Mauerwerk, so daß die Streichen des mittleren Gerüsts direkt über der Mauer borstten und das ganze Gerüst unter lauten Krachen und Poltern auf das Mauerwerk stürzte. Von dem äußeren Gerüst stürzte nur der größere Teil des Querholzes vollständig ab. Die Streichen legten sich auf die Front fest. Das starke Mauerwerk widerstand den einstürzenden Massen und erlitt keinen besonderen Schaden. Zum Glück waren noch keine Arbeiter zur Zeit des Einsturzes an der Baustelle; es hätte sonst schmerzlicher Unheil entstehen können.

Aus der Hamburger Baugewerks-Vereinsgenossenschaft. Bis zum 31. Oktober 1902 betrug die Zahl der Unfallsanzeigen 2082, und zwar entfielen auf die Sektion Hamburg 1109, Lübeck 150, Kiel 403, Flensburg 103 und Schwerin 817. Im Monat November gelangten 234 Unfälle zur Anzeige, und zwar kamen auf die Sektionen in derselben Reihenfolge 132, 14, 51, 11 und 26 Fälle. Die entschädigungspflichtigen Unfälle und die, welche den Tod zur Folge hatten, ergibt folgende Tabelle:

Table with columns: Sektion, Todesfälle (Bis zum 31. Oktober 1902, Im Monat November 1902, Zusammen), Entschädigte Unfälle (Bis zum 31. Oktober 1902, Im Monat November 1902, Zusammen). Lists sections I-V and their statistics.

Grundstückspekulation aus Gesundheitsrücksichten.

Was für horrenden Summen die Grundstückspekulation in Dresden eingebracht hat, zeigte wieder einmal eine Verhandlung, die jetzt vor dem hiesigen Oberverwaltungsgericht stattfand. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berichtet: Der Stellmachermeister Gustav Adolf Klammert in Stehsch war für das Jahr 1900 mit einem Einkommen von M 94 000 zur Einkommensteuer herangezogen und demgemäß in die 112. Steuerklasse eingestuft worden. Der Genannte fühlte sich zu hoch besteuert und machte von der Reklamation Gebrauch, worauf der Vertrauensschutz in die Prüfung seines gesamtsteuerpflichtigen Einkommens eintrat und dieses auf netto M 70 000 festsetzte. Der durchschnittliche Spekulationsgewinn aus dem Kauf und Verkauf von Grundstücken in den Jahren 1896, 1897 und 1898 betrug rund M 56 000. K. war damit in die 88. Steuerklasse zurückversetzt worden, aber auch dies genügte ihm nicht. Die abermalige Reklamation wurde von der Einschätzungskommission verworfen, weil sie der Ansicht war, daß Klammert Grundstückspekulant und das festgestellte Einkommen das richtige sei. K. dagegen bestritt, ein gewerbemäßiger Grundstückspekulant zu sein. Da er mit seiner Berufung bei der Reklamation keinen Erfolg hatte, erhob er beim Oberverwaltungsgericht die Anfechtungsklage. Dieses ging zunächst in die Prüfung der Frage ein, ob Klammert gewerbemäßig mit Grundstücken gehandelt habe. Die angestellten Erörterungen ergaben, daß der Genannte in den Jahren 1884 bis 1898 nicht weniger als 36 verschiedene Grundstücksverkäufe abgeschlossen hat, die meisten davon erst aus der Zeit nach 1890. Hinzu kommen noch einige Taufsch, sowie circa 20 erst später bekannt gewordene Kaufverträge.

Alle angekauften Grundstücke hat er mit Vortheil wieder verkauft. So kaufte er im Jahre 1896 in Dresden das Grundstück Hohenthalplatz 3, um es wenige Wochen später, ohne daß er als Besitzer in das Grundbuch eingetragen wurde, mit M 2000 Gewinn wieder zu verkaufen. Einen glänzenden Profit heimste er aber im Jahre 1891 ein. Er erwarb in diesem Jahre das Grundstück Schäferstraße 40 für M 66 000 und schlug es im folgenden Jahre mit M 104 000, einem Reingewinn von M 38 000, wieder los. Eine große Reihe von Grundstücken hat N. in den 90er Jahren in Stehisch angekauft, davon einen Theil mit anderem Land verkauft und den Rest schließlich verkauft. Auch in Mobschlag und Wärsdorf betrieb er einen schwindehaften Grundstücksandel. In Stehisch kaufte sich N. auch ein Gut, doch stellte ihm die Amtshauptmannschaft die Bedingung, eine Straße zu bauen, was er auch that. Mit seiner Revision bezweckt er nun, daß er nicht zur Einkommensteuer aus dem Handel mit Grundstücken herangezogen wird, weil er kein gewerbsmäßiger Grundstückspekulant sein will. Vom Rechtsbeistand des Klägers sind neben anderen Beweisanträgen eine größere Anzahl Zeugen namhaft gemacht, die befunden sollen, daß N. sich theils aus Gesundheitsrücksichten, theils aus anderen Gründen in den Grundstücksandel eingelassen hat. Das Oberverwaltungsgericht beschloß daher Vertagung der Sache. Erwähnt sei nur noch, daß im Jahre 1899 das Ministerium des Innern in einem ziemlich gleichartigen Prozeß zu Ungunsten des Klägers entschieden hat.

Blüthen des Submissionswesens. In Raumburg war der Bau einer Eisenbahnbrücke in Submision ausgeschrieben worden. Die Angebote schwankten zwischen M 136 342 und M 58 214; die Differenz betrug also nicht weniger als M 78 128.

In Berlin sollten im Submissionsverfahren die Tischlerarbeiten für ein Fernsprechgebäude vergeben werden. Während ein Privatunternehmer M 21 682,90 für die Anfertigung der Arbeiten berechnete, erbot sich die Aktiengesellschaft für Bauausführung, dieselben für M 10 496,60 herzustellen. Gleichfalls bei Vergabe der Tischlerarbeiten an dem Erweiterungsbau eines Postgebäudes betrug das Angebot des Höchstfordernden M 20 447,50, das des Mindestfordernden M 12 655,60.

Schwabach. Bei der Vergabe der Erd-, Maurer- und Steinmearbeiten für das Rentamtgebäude wurden 23 Angebote eingereicht. Die Firma Saalfeld-Schwabach forderte M 44 410,86, die Firma Busch & Göbel-Nürnberg aber M 78 822,23.

Wentzchen. Bei Vergabe der Arbeiten für eine Kirche wurden für Loos 1, Maurerarbeiten, Offerten eingereicht, die zwischen M 4941,41 und M 18 280,18 schwankten. Für Loos 2, Zimmerarbeiten, betrug die Höchstforderung M 12 761,88, die niedrigste M 7114,59. Bei Loos 3, Asphaltarbeiten, schwankten die Angebote zwischen M 1493,20 und M 810,70.

Für die Herstellung von Zimmerarbeiten für den Rörnerspeicher und das Unterbeamten-Wohnhaus des Probiantamts in Köln forderte S. Ziegler-Besfel M. 97 648,84, J. Wnhagen-Steurgurg M. 180 658,08.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Ein neuer Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Osten Preußens hat sich nach einer Mittheilung aus Lütitz gebildet. Die Maurer- und Zimmererinnung des Zimmungsbezirks Jnsterburg, Gumbinnen, Darchem und Goldap theilt mit, daß der Verband als festbeschlossen gilt und daß der Sitz in Jnsterburg sein wird. Die Aufgabe dieses Arbeitgeberverbandes wird, wie es in der Bekanntmachung heißt, nicht geschäftlichen Interessen dienen, sondern den Kampf mit den Organisationen der Arbeiter führen, den Streiks und Aussperrungen seine ganze Kraft widmen.

Sozialpolitisches.

Jahresüberblick. Mit dem Jahre 1902 ging das zweite volle Krisenjahr zu Ende. Es hat schwer auf dem Arbeitsmarkt gelastet. Arbeitslosigkeit und verminderter Verdienst, theurer Lebensunterhalt und verschlechterte Lebenshaltung gaben dem nunmehr zu Ende gegangenen Jahre sein charakteristisches Gepräge. Gleich zu Beginn setzte die Krise mit aller Wucht im Kohlenbergbau ein, der noch bis Ende 1901 sich mit zähem Widerstand gegen einen unaufhaltsamen Niedergang zu wehren suchte. Das erste Quartal 1902 brachte allein für den Ruhrkohlenbergbau die Entlassung von circa 10 000 Arbeitern. Für diejenigen aber, die noch beschäftigt blieben, brachte es eine starke Herabminderung der Arbeitsgelegenheit. Bis gegen Ende des Jahres beharrte dann der Bergbau in einer seit Langem nicht mehr dagewesenen Stagnation. Erst infolge der Wirkungen des französischen Bergarbeiterstreiks trat seit Oktober bis zum Schluß eine kleine Belebung ein. Geradezu verheerend wirkte die Krise im Eisengewerbe. Schon 1901 glaubte man hier den Tiefstand der Konjunktur erreicht zu haben, man erwartete für das verfloßene Frühjahr schon eine Belebung. Indessen behielten die pessimistischen Rechte, die für das Eisengewerbe und die weiter verarbeitenden Industrien, vornehmlich die Maschinen- und Kleinisenindustrie, eine Fortdauer, wenn nicht noch eine Verschärfung des Arbeitsmangels prophezeit hatten. In den Jahren des Aufschwungs war der maschinelle Apparat der deutschen Produktion nicht nur vermehrt, sondern bis zu einem gewissen Grade völlig erneuert worden. Dies bedingte eine gewaltige Inanspruchnahme des Eisens- und Maschinenwerkes. Nachdem diese Erneuerung beendet und die Leistungsfähigkeit der deutschen Produktion dadurch weit über die augenblickliche Konsumkraft hinausgewachsen war, mußte eine starke Reaktion eintreten, die nicht entfernt schon in einem Jahre überwunden sein konnte. Es ist daher nicht verwunderlich, daß gerade in den genannten Gewerben die Krise am nachhaltigsten und intensivsten haust. In einzigermißen erfreulichem Gegensatz dazu stand der Geschäftsgang im Textilgewerbe. Wenn man zurückdenkt an die letztvergangenen Jahre, so war selbst zu jener Zeit, als die anderen Gewerbe flott beschäftigt waren, die Textilindustrie fast der einzige nochlebende Erwerbs-

zweig. Im Gegensatz zu damals und zu dem Geschäftsgang in den meisten anderen Gewerben während des nunmehr vergangenen Jahres muß der Beschäftigungsgrad im Jahre 1902 als eine wesentliche Besserung bezeichnet werden. Freilich nicht alle Branchen des Textilgewerbes waren gleichmäßig mit Aufträgen versehen. Immerhin aber bleibt der Gesamteindruck für eine Zeit der Krise günstig. Von den Gewerben, deren Geschäftsgang auf die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes bestimmend einwirkt, da sie die stärksten Arbeiterkontingente beschäftigen, ist noch das Baugewerbe zu nennen. Daß die Baukonjunktur auch im Zeichen der Krise stand, wird im Allgemeinen nicht bestritten. Namentlich fiel die Errichtung von industriellen Neuanlagen, sowie die Erneuerung und Erweiterung solcher so gut wie ganz weg. Auch der Wohnungsbau war nicht so lebhaft wie in normalen Jahren. Immerhin war der Beschäftigungsgrad besser als im Jahre 1901. Die Bauzeit setzte in den Frühjahrsmonaten langsam und schwach ein, steigerte sich aber in den Großstädten während der Sommermonate merklich, ja an vielen Orten brachte der Herbst noch eine um diese Jahreszeit seltene Lebhaftigkeit des Baugeschäftes, die erst im November durch den Eintritt des Frostwinters unterbrochen wurde. Für den Arbeitsmarkt resultierte aus dem hier gekennzeichneten Beschäftigungsgrad der Haupterwerbszweige eine stark verminderte Arbeitsgelegenheit, die den Verdienst der Arbeiterklasse um so erheblich herabsetzte, als gleichzeitig auch die Lohnsätze fallende Tendenz zeigten. Dazu kam, daß in den ersten Monaten des Jahres die Arbeitslosigkeit einen bedrohlichen Umfang angenommen hatte, obwohl in zahlreichen Betrieben durch allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit größeren Entlassungen möglichst vorgebeugt wurde. Im Gegensatz zum Jahre 1901 ist auch auf Grund der Krankenkassenstatistik die Wahrnehmung zu machen, daß die Entlassungen nicht mehr den Grad und den Umfang erreichten, wie im Jahre vorher. Eine Entlassung des zu Anfang des Berichtsjahres ungenügend überfüllten Arbeitsmarktes trat dadurch allerdings nicht ein, da auf der anderen Seite eine Vermehrung der beschäftigten Arbeiter nur in ganz engen Grenzen stattfand, dafür aber der jedes Jahr in die Industrie mündende Zustrom neuer Arbeitskräfte sich fast in der nämlichen Stärke wie in normalen Jahren auf dem Arbeitsmarkt ergab. Die dadurch herbeigeführte Gestaltung des Arbeitsmarktes begünstigte und verschärfte noch die sinkende Tendenz der Lohnsätze. Schon an diesen Folgen der Krise, verminderter Arbeitsgelegenheit, stark gekürzten Löhnen und umfangreicher Arbeitslosigkeit hätte die Arbeiterklasse schwer zu tragen gehabt. Denn sie allein bedeuteten schon eine starke Erschwerung der Lebenshaltung. Es kam nun aber hinzu, daß, während Lohn und Verdienst erheblich zurückgingen, gleichzeitig die Preise für die notwendigen Lebensmittel nicht nur nicht sanken, sondern theilweise ganz erheblich in die Höhe gingen. Gleich zu Anfang des Jahres trat eine große Knappheit auf dem Schweinefleischmarkt ein, die die Fleischpreise im Detailverkauf bis zu einer für den Arbeiterhaushalt kaum erschwinglichen Höhe hinauftrieb. Gerade Schweinefleisch war aber wegen seiner Billigkeit bisher die Hauptfleischsorte der arbeitenden Bevölkerung. Zu Anfang des Jahres stieg nun der Preis bis zur Höhe der anderen Fleischsorten. Wenn auch von März bis Anfang August die Theuerung wieder etwas nachließ, so setzte sie von August ab wieder um so schärfer ein, ja, sie verallgemeinerte sich infolgedessen, als sie sich auch auf die anderen Fleischsorten ausdehnte. Es ist schwer zu sagen, wie stark durch diese Theuerung die Fleischnahrung des deutschen Volkes zurückgegangen ist. So viel aber steht fest, daß der Gesundheitszustand und die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse unter diesen Ausnahmepreisen für Fleisch nicht gewonnen haben.

So schaut die deutsche Arbeiterklasse auf ein für sie in wirtschaftlicher Beziehung höchst ungünstiges Jahr zurück, dessen Schädigungen sie um so schwerer empfinden muß, als man ihr noch nicht einmal die Hoffnung auf eine baldige Besserung in Aussicht stellen kann. Wenn auch im letzten Monat des Jahres sich in der heimischen Industrie da und dort Symptome einer Belebung zeigten, so stehen doch auf der anderen Seite wichtige Gründe genug, die neue Befürchtungen und Unruhe erwecken müssen und auch diejenigen zur Vorsicht mahnen, die nach einer so schweren Zeit ein ermunterndes Geleitwort dem neuen Jahre mit auf den Weg geben möchten. Die Annahme des Zolltarifs durch den Reichstag eröffnet für die künftige Gestaltung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande recht unerfreuliche Aussichten. Selbst die Abgabengebiete in den für unsere Industrie am meisten ins Gewicht fallenden mittel-europäischen Staaten erscheinen gefährdet. Eine dunkle Wetterwolke droht aber auch von Seiten der Vereinigten Staaten. Während der letzten zwei Jahre war es, dank dem wirtschaftlichen Aufschwunge jenseits des Atlantischen Ozeans, der deutschen Industrie möglich, einen Theil der deutschen Uebererzeugung dorthin zu senden, während die Amerikaner ihren Export nach Deutschland erheblich einschränkten. In diesem für Deutschland günstigen Verhältnis vollzieht sich nunmehr aber eine Wandlung: der amerikanische Markt ist gesättigt, und die ungenügende leistungsfähige Produktion der Vereinigten Staaten muß ihr Hauptgewicht wieder auf die Pflege des Exports legen, der bei einer strengen und rücksichtslosen Organisation eine große Gefahr für das wirtschaftliche Leben Deutschlands im kommenden Jahre bilden wird. Gegen alle Erfahrung und Erwartung ist es während der diesmaligen Krise gelungen, den Mitgliederbestand der gewerkschaftlichen Organisationen auf der Höhe der Jahre des Aufschwunges zu halten. Es zeugt dies von der zunehmenden Erkenntniß der Nothwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenklusses in den weitesten Kreisen der Arbeiterbevölkerung. Möchte es auch im kommenden Jahre gelingen, daß der Gedanke der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft unter den Arbeitern nicht nur in der bisherigen Stärke fortbesteht, sondern auch in den Kreisen Wurzel schlägt, die heute noch abseits von der modernen Arbeiterbewegung blind in den Tag hinein leben.

Aus dem Verwaltungsbericht der städtischen Steuerverwaltung Berlin. Eine Durchsicht der statistischen Tabellen, die die städtische Steuerverwaltung ihren jährlichen Verwaltungsberichten anzufügen pflegt, mag Manchem nicht

sehr verlockend erscheinen. Wer aber „zwischen den Zahlen zu lesen“ versteht, für den sind diese langen, trockenen Zahlenreihen ein weiterer und nicht uninteressanter Beitrag zur Beleuchtung des großen Klassengegenstandes, der durch die moderne Gesellschaft geht. Der erläuternde Text, den man zu diesen Tabellen schreiben könnte, läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. Er heißt: Ein Häuflein von Besitzenden — ein Heer von Besitzlosen.

Von den 1 823 024 Zivileinwohnern Berlins, die bei der Personenstandsaufnahme für das Steuerjahr 1901/02 ermittelt worden waren, schied für die Besteuerung wie alljährlich, etwa die Hälfte ohne Weiteres aus. Das waren Angehörige, die nicht persönlich zu besteuern waren. Eine Schätzung des Einkommens mußte bei 999 488 Haushaltungsvorständen oder Einzelpersonen vorgenommen werden. Die Schätzung ergab, daß 544 914 von diesen nur ein Jahreseinkommen bis M 900 hatten, so daß sie Staatseinkommensteuer nicht zu zahlen brauchten. Die übrigen 454 574 hatten über M 900 Jahreseinkommen, aber auch von ihnen blieb noch eine Anzahl aus besonderen Gründen von der Zahlung der Staatseinkommensteuer befreit. Im Ganzen unterlagen nur 429 491 Haushaltungsvorstände oder Einzelpersonen der Staatseinkommensteuer. Zur Gemeinde-Einkommensteuer wurden außerdem noch 180 784 Personen mit M 660 bis M 900 Jahreseinkommen herangezogen, so daß nach dem Ergebnis der Veranlagung schließlich überhaupt 610 275 Personen einkommensteuerpflichtig waren. 52 548 davon hatten jährlich über M 8000 Einkommen. Die weitere Einkommenabstufung dieser 52 548 ergibt eine sich ungemein rasch aufsteigende Pyramide. Ihren obersten Theil bilden 302 Personen, die über M 100 000 Jahreseinkommen haben, darunter 18 Personen mit mehr als 1 Million Mark, unter Letzteren 5 Personen mit mehr als 2 Millionen Mark. Der Höchstbeteuerte hatte sich mit einem Jahreseinkommen von M 2 630 000 eingeschätzt. Das ist eine Summe, von der sich mehr als 2000 Arbeiter sammt ihren Familien ernähren müssen!

Mahnung und Zwangsvollstreckung sind die Mittel, die der städtischen Steuerkasse zur Verfügung stehen, wenn sie die unbezahlt gebliebenen Steuerreste einreiben will. Beide Mittel sind im letzten Jahre häufiger als sonst angewendet worden — beide haben im letzten Jahre geringeren Erfolg als sonst gehabt. Das ist ein weiteres Zeichen des wirtschaftlichen Druckes, der auf der Bevölkerung lastet.

Von 1900/01 zu 1901/02 stieg die Zahl der vierteljährlichen Steuerposten von 2 951 415 auf 2 994 146; die Zahl der nothwendig gewordenen Mahnungen von 474 723 auf 526 891. Auf je 100 Steuerposten kamen im Steuerjahre 1900/01 rund 16 Mahnungen, dagegen im Steuerjahre 1901/02 etwa 18 Mahnungen. Nach erfolgter Mahnung bezahlt wurden im vorletzten Jahre 293 588 Steuerposten, im letzten 309 817. Die Zahl der nach der Mahnung bezahlten Posten zeigt also an sich eine Zunahme. Im Verhältnis zur Zahl der Mahnungen aber ist sie zurückgegangen. Denn auf je 100 Mahnungen wurden 1900/01 noch rund 62 Zahlungen geleistet, 1901/02 aber nur rund 59. Die nach Ablauf der Mahnfrist eingeleitete Zwangsvollstreckung fiel im vorletzten Jahre bei 166 439 Steuerposten, im letzten bei 200 782 fruchtlos aus. Das bedeutet eine Zunahme der erfolglosen Vollstreckungen von 35 pro 100 Mahnungen auf 38. Wo nichts ist, hat der Steuerheber sein Recht verloren.

Die aus den obigen Zahlen ersichtliche Verschlechterung des Ergebnisses der Steuererziehung fällt um so schwerer ins Gewicht, da bereits von 1899/00 zu 1900/01 eine Vermehrung der Mahnungen, eine Verminderung der Zahlungen nach erfolgter Mahnung und eine Zunahme der fruchtlosen Zwangsvollstreckungen eingetreten war.

Wohnungsenquête in München. Das Gemeindekollegium hat beschlossen, in einer Anzahl von Straßen mit etwa 5400 Wohnungen eine Probe-Enquete (1) über die Wohnungsverhältnisse zu veranstalten. Ein Antrag der sozialdemokratischen Gemeindebevollmächtigten, wonach sich diese Erhebungen über die ganze Stadt erstrecken sollten, wurde abgelehnt, da man angeblich durch die Probe-Erhebung einen Maßstab für die entstehenden Kosten gewinnen will. In Wirklichkeit möchte man sich jedoch möglichst lange um eine ziffernmäßige Feststellung des Wohnungslebens herumdrücken, um die Interessen der Herren Hausagrarier nicht zu schädigen. Hat es doch wiederholte Mahnungen seitens der Staatsregierung bedurft, bis man sich entschließen konnte, die Sache überhaupt einmal in Angriff zu nehmen.

Zur Entwicklung der Elektrizitätsindustrie. Ueber die enorme Steigerung, die die Verwendung der Elektrizität in dem letzten Jahrzehnt erfahren hat, geben die zur Erzeugung von elektrischem Strom verwendeten Dampfmaschinen in Preußen Aufschluß. Danach wurden ausschließlich zur Erzeugung von Elektrizität benutzt am 1. April 1902 3669 Dampfmaschinen mit 470 854 Pferdekraften gegen 998 Dampfmaschinen mit 55 396 Pferdekraften zu Anfang des Jahres 1892. Ferner dienten theilweise zur Erzeugung von Elektrizität am 1. April 1902 1259 Dampfmaschinen mit 102 551 Pferdekraften, hingegen in 1892 nur 262 Dampfmaschinen mit 13 691 Pferdekraften. Die Zahl der Dampfmaschinen hat sich also in den zehn Jahren vervierfacht, ihre Leistungsfähigkeit ist auf mehr als das Achtfache gestiegen. Auf Berlin entfallen allein 335 zur Erzeugung von Elektrizität dienende Dampfmaschinen mit 79 845 Pferdekraften.

Arbeitsvermittlung in sächsischen Großstädten. Die Dresdener städtischen Kollegien haben beschlossen, einen kommunalen Arbeitsnachweis zu gründen. Das Institut ist vorläufig nur als der Anfang eines städtischen Arbeitsamtes zu betrachten. Es soll in erster Linie den weiblichen Dienstboten Arbeit vermitteln und außerdem als Zentralstelle für den Arbeitsnachweis der verschiedenen Organisationen, die sich mit Arbeitsvermittlung abgeben, dienen. Gelegentlich der Berathung über diesen Gegenstand wurde aus dem Stand des kommunalen Arbeitsnachweises in anderen Großstädten mitgetheilt. Auf die Rundfrage des Dresdener Rathes antwortete der Leipziger Rath in folgender, sein sozialpolitisches Unverständnis charakterisirenden Weise:

Ein kommunaler Arbeitsnachweis besteht hier nicht. Von der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises haben wir uns deswillen abgesehen, weil wir... der nur zu leicht im Volke sich bildende Ansicht, daß für die Stadt eine Verpflichtung zur Arbeitsbeschaffung bestehe, durch Schaffung eines städtischen Arbeitsnachweises nicht Vorzug leisten wollten. Außerdem war aber auch das Bedenken maßgebend, daß sich ein städtisches Arbeitsamt schwerlich in den Rahmen der Reichsordnung würde einfügen lassen.

Diese Argumentation können sich alle die Gemeindevertretungen zu eigen machen, die sich gern vor der Schaffung einer sozialpolitischen oder Wohlfahrts-Einrichtung drücken möchten und um die Begründung und Entschuldigend ihrer Arbeitslosigkeit verlegen sind. Der vor der sozialen Revolution bangende Leipziger Rath unterstützt deshalb lieber einen privaten Verein, der 1899 zur Arbeitsvermittlung begründet wurde, durch unentgeltliche Gewährung von Räumlichkeiten und Bewilligung eines erheblichen Geldbeitrages.

Nicht sehr viel einsichtiger als die Leipziger ist die Chemnitzer Antwort ausgefallen. Der Chemnitzer Rath scheint die Arbeitsvermittlung durch die — Arbeitgeber für die ideale Form des Arbeitsnachweises zu halten. Als die Arbeitererschaft 1895 um die Schaffung eines kommunalen Arbeitsamtes petitionierte, verwies sie der Rath darauf, daß für die Metallindustrie, die den Haupterwerb der Chemnitzer Arbeitererschaft bildet, bereits der Arbeitgebernachweis bestände und daß sonst die Zünfte und Vereine Arbeitsvermittlungstellen unterhielten. Der Chemnitzer Rath hat dann noch ein Uebrigcs, wie er schreibt, und veranlaßte die Textilindustrie, eine weitere umfassende Arbeitsvermittlungsstelle zu begründen. Der Chemnitzer Rath sah aber mit Erstaunen, daß die Arbeitererschaft auch in den Jahren 1896, 1897 und 1898 wegen des gemeindlichen Arbeitsnachweises vorstellig wurde. Er eröffnete deshalb am 15. Juni 1901 einen allgemeinen städtischen Arbeitsnachweis, der bereits im ersten Jahre von 459 Arbeitgebern in Anspruch genommen wurde. Schwierig ist der Wettbewerb des gemeindlichen Arbeitsnachweises, wie der Rath mittheilt, mit den Dienstvermittlerinnen für weibliche Dienstboten, weil die Dienstvermittlerinnen zugleich die stellenlosen Mädchen beherbergen und infolgedessen von den Mädchen bevorzugt werden. Nichtsdestoweniger glaubt der Rath, daß schon das bloße Dasein eines gemeindlichen Arbeitsnachweises wie eine Art Regulator segensreich zu wirken geeignet ist. Wie ausbaufähig der städtische Arbeitsnachweis ist, lehrt die Stadt München, deren Arbeitsamt 1900 über 53 000 Stellen vermittelte.

Eine offizielle Arbeitslosenstatistik in Norwegen.

Das Ministerium des Innern verlangt im Budget für Statistik eine bestimmte Summe für statistische Untersuchungen des Arbeitsmarktes. Veranlaßt wurde der Antrag durch eine Aufforderung des letzten Stortings an die Regierung, eine Untersuchung vorzunehmen, ob und inwieweit eine Statistik der Arbeitslosigkeit aufgenommen werden könnte. Das statistische Centralbureau hat nun die Frage untersucht und ist zu der Ansicht gekommen, daß eine solche Statistik wohl möglich sei ohne allzu große Unkosten, wenn die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber ihre Mitarbeit dazu geben. Die Arbeitsart ist nach dem „Sozialdemokraten“ (Christiania) folgende: Die Erhebungen sind monatlich zu veranstalten und umfassen Stand und Bewegung des Arbeitsmarktes. Die Publikation des Ergebnisses wird sofort erfolgen. Die Formulare sollen Fragen enthalten über: 1. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen; 2. die Zahl der zur Zeit in den wichtigsten Erwerbszweigen Beschäftigten, dies letztere, sofern möglich, auch über die „Los- und Tagesarbeiter“ (ungelernte Gelegenheitsarbeiter); 3. ferner, wenn möglich, über Einschränkungen im Betriebe, Wohnungsverhältnisse der Arbeitslosen, Arbeitslosigkeit sowie Veränderungen in den Lohnverhältnissen. Zweimal jährlich sollen eingehende Erhebungen gleicher Art auf Alter, Familienverhältnisse und Berufsausbildung der Arbeitslosen stattfinden und auch auf Ursache und Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Alle zehn Jahre, möglichst in Verbindung mit der allgemeinen Volkszählung, soll eine noch eingehendere Arbeitslosenzählung und Untersuchung der mit der Arbeitslosigkeit in Verbindung stehenden Verhältnisse vorgenommen werden. Die Kosten für das Jahr werden auf Kr. 6500 veranschlagt.

Es wäre lebhaft zu begrüßen, wenn das norwegische Parlament diesem Plan beitreten würde, und bei der niedrigen Summe von Kr. 6500 ist dies zu hoffen. Daß die Ausgaben mit der Zeit erheblich steigen werden, darf nicht abhalten, dieses vielleicht wichtigste Gebiet der Arbeiterstatistik nach einem bestimmten Plan, wie der obige, in Angriff zu nehmen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist am 1. Januar nach Berlin überföhrt. Alle für dieselbe bestimmten Briefe und Sendungen sind an C. Legien, Berlin SO 16, Engelauer 15, und Geldsendungen an S. Kube, Berlin SO 16, Engelauer 15, zu adressieren.

Im Weberstreik in Meerane ist insoweit eine Aenderung eingetreten, daß in letzter Woche in Glauchau 7 Lohnwebereien mit 150 Arbeitern und in Meerane 2 Lohnwebereien mit 53 Arbeitern den von den Arbeitern geforderten Lohnsatz bewilligt haben, zugleich haben diese Lohnwebereibesitzer die schriftliche Erklärung abgegeben, so lange der Streik dauert, für keine Firma, deren Leute im Streik stehen, Arbeit anzufertigen. In Meerane befinden sich noch 15 dem Fabrikantenverein angehörige Betriebe mit zusammen 1949 Arbeitern im Ausstand. Die Arbeiter halten noch fest an der Forderung: Anerkennung ihres Tarifs. Daß die Bewilligung dieses Tarifs möglich ist, beweist, daß bereits 9 kleinere, dem Fabrikantenverein nicht angehörige Betriebe diesen Tarif bewilligt haben. Die Arbeiter wissen bestimmt, daß die Fabriken große Aufträge haben und nicht im Stande sind, diese anzufertigen zu können. Die Arbeiter sind gewillt, auch nöthigenfalls bis zum Frühjahr auszuharren, dann müssen die Lieferungen beginnen und die

Fabrikanten müssen dann, um nicht die Rundschaft zu verlieren, ihre Fabriken in Betrieb setzen und infolgedessen die Forderung der Arbeiter anerkennen.

Eine internationale Seemannskonferenz fand am 1. und 2. Dezember in London statt. An derselben nahmen 16 Vertreter aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Niederlande und Schweden Theil, während aus Oesterreich, Amerika und Australien Begrüßungsschreiben eingegangen waren.

- Die Tagesordnung lautete:
1. Wie fördern wir die Agitation und durch diese die Organisation der seemannischen Arbeiter aller Chargen und aller Länder?
 2. Wie fördern wir den Schutz für Leben und Gesundheit der seemannischen Arbeiter aller Länder, sei es durch eigene Kraft, sei es durch parlamentarische, gesetzgeberische Aktion?
 3. Welche Stellung nehmen die seemannischen Arbeiter aller Länder zu den Trust- und Kartellbildungen im internationalen Schifffahrtsverkehr ein?
 4. Verschiedenes.

Das Referat des Vorsitzenden des deutschen Seemannsverbandes, Müller, zum Punkt 1, verlangte eine einheitliche internationale Agitation, frei von nationalen Sonderinteressen sowie zentralistische Landesorganisation, frei von jeder Sonderbündelei, Herausgabe eines internationalen Manifestes an die Seeleute in allen Landessprachen, zeitweilige Abhaltung internationaler Seemannsmeetings in allen Hafenorten, gegenseitige Unterstützung bei statistischen Erhebungen, Austausch der Fachliteratur, Einsetzung eines internationalen Aktionskomitees, Regulierung auskömmlicher Beiträge und endlich die internationale Föderation aller Seemannsorganisationen. Für diese Vorschläge traten sämtliche englische Delegirte, sowie die Vertreter von Dänemark und Frankreich ein, nur Vindley (Schweden) be kämpfte die gesonderte Berufsorganisation der Seeleute, die Herausgabe des Manifestes und die Veranstaltung des Meetings. Die Vorschläge wurden einstimmig angenommen und in das internationale Aktionskomitee P. Müller (Deutschland), J. S. Wilson (Großbritannien) und Chr. Petersen (Dänemark) gewählt. Die Herausgabe des Manifestes soll im April 1903 erfolgen. Nach einem Antrag von Wilson wurde auch beschlossen, daß jeder organisierte Seemann, einerlei welcher Sektion und welcher nationalen Organisation er angehöre, seine Beiträge bei allen bestehenden seemannischen Organisationen der Welt entrichten könne, unter der Voraussetzung, daß der gezahlte Beitrag an die resp. Organisation abgeführt wird. Hilfe und Beistand sollen die Seeleute bei allen Nationen beanspruchen können.

Nach einer Sympathieumgebung für die streikenden Seeleute in Marseille referirte Wilson über Punkt 2. Da der Referent eine eigene Resolution nicht vorbereitet hatte, so beantragte Müller, sich den auf dem Pariser Sozialisten- und Arbeiterkongreß 1900 aufgestellten Forderungen zum Schutze der seemannischen Arbeiter anzuschließen und an die sozialistische Arbeitervertreter in allen Staaten um eine energische Initiative im Sinne dieser Forderungen zu appelliren. Außerdem beantragte er, ein Memorandum an alle Regierungen zu richten, mit der Aufforderung, eine internationale Konferenz unter Theilnahme von Vertretern der Seeleute und Aherer zu arrangiren, wo der Versuch unternommen werden soll, eine Basis für die internationale Durchführung der von den Seeleuten aufgestellten Forderungen zu schaffen.

Ueber die Durchführbarkeit der gesetzlichen Festlegung einer Minimallohn sowie über die Wahl beruflicher Seemannsvertreter in die Parlamente ergaben sich weitgehende Differenzen in den Auffassungen der englischen und deutschen Vertreter. Schließlich wird der Punkt dadurch erledigt, daß Wilson sich verpflichtet, eine Resolution im Sinne der Ausführungen und Anträge Müllers auszuarbeiten, denen im Prinzip zugestimmt wird.

Die Stellung der Seeleute zu den Trusts kennzeichnet P. Müller als eine abwartende und beobachtende. Daß die Trusts als Gegner der gewerkschaftlichen Bewegung und Forderungen betrachtet werden müssen stehe fest; indeß liegt kein Grund vor, diese Art der Aherer und Kapitalverbindungen prinzipiell zu bekämpfen, weil sie eine Folge oder Begleiterscheinung der kapitalistischen Organisationen erzwingen. Um dies zu können, müsse den Seeleuten aller Nationen ein unbefränktes Koalitionsrecht eingeräumt werden. Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Resolution Müllers wurde einstimmig angenommen.

Nach Erledigung geschäftlicher Fragen wurde auf Antrag von England und Deutschland die Abhaltung eines internationalen Seemannskongresses im August 1903 in Amsterdam beschlossen. Zu diesem Kongreß sollen vornehmlich Amerika und Australien eingeladen werden.

Der vierte belgische Gewerkschaftskongreß fand am 14. und 15. Dezember in Brüssel statt. Der „Vorwärts“ berichtet darüber wie folgt:

Die belgischen Gewerkschaften bilden mit den Kooperativen, Arbeiterligen, der sozialistischen Garde usw. die Parti ouvrier, deren Name nur die Bezeichnung für alle auf dem modernen Boden stehenden Arbeiterorganisationen Belgiens ist. Auf dem Kongreß in Verbiers (1898) wurde eine Arbeitstheilung vorgenommen, eine Kommission gewählt, als deren Aufgabe das Studium der speziell wirtschaftlichen Fragen und der Gewerkschaftsorganisation bestimmt wurde.

Aus dieser Kommission ist die gegenwärtige Gewerkschaftskommission geworden. Wählte diese anfänglich nur eine Art Unterausschuß des Parteivorstandes, so hat sie sich im Laufe der vier Jahre mehr und mehr selbstständig gemacht, um auch den außerhalb des Parteiramens stehenden sogenannten neutralen Syndikaten, wie die der Buchdrucker, der Glasarbeiter usw., den Eintritt zu erleichtern und sie zur Bekämpfung der Kosten mit heranzuziehen. Dies ist auch im Großen und Ganzen gelungen.

Die geschaffene Arbeitstheilung hat der Partei neue Kräfte zugeführt und die Gewerkschaften bilden heute den immer vorwärtstreibenden Theil, die Kerntruppe der Parti ouvrier.

Vordem richtete man den Blick nach England.

Die Trades-Unions galten als das erstrebenswerthe Vorbild. Jetzt ist die deutsche Arbeiterbewegung das Ideal der belgischen. Der deutschen Sozialdemokratie wird in steigendem Maße der Blick zugewandt, wie sich auch überhaupt ihre Auffassung über Theorie und Taktik in immer weiteren Kreisen verbreitet.

Die Verhandlungen des Kongresses begannen am Vormittag des 14. d. M. 184 Delegirte waren erschienen. Der erste Punkt der Tagesordnung war die Unfallversicherung.

Nach mehrstündiger Diskussion verlangte der Kongreß in einer Resolution:

1. Die Ausdehnung der Versicherung auf alle Lohnarbeiter und für alle Betriebsunfälle, ganz gleich, welchen Ursachen sie entspringen, vom Tage der Verletzung an.
2. Eine Entschädigung von 75 pSt. des Verdienstentganges und die kostenfreie Stellung des Arztes und der Medikamente.
3. Eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Wittwen und Kinder im Todesfalle.
4. Die obligatorische Versicherung unter Garantie des Staates.
5. Die Aufrechterhaltung der Haftbarkeit des Unternehmers.

Im Falle diese Forderungen, die zu stellen die Kammerfraktion beauftragt ist, abgelehnt werden, wird der Parteivorstand im Verein mit der Gewerkschaftskommission die definitive Stellungnahme der Fraktion bestimmen. Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildete der Artikel 810 des Strafgesetzbuches. Dieser sieht eine Strafe von einem Monat bis zu zwei Jahren vor für Denjenigen, „der behufs Erhöhung oder Erniedrigung des Lohnes die freie Ausübung der Arbeit oder der Industrie beeinträchtigt; Gewalt, Verleumdungen oder Drohungen, Unterjagungen, Geldstrafen oder Verbote anwendet gegen die, welche arbeiten oder arbeiten lassen; der der Freiheit der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer Eintrag thut, sei es durch Ansammlungen in der Nähe der Fabriken oder der Wohnungen der Fabrikleiter, oder die Arbeiter durch Einschüchterung veranlaßt, der Arbeit fern zu bleiben.“

Der Kongreß beschloß, sofort eine Bewegung behufs Abschaffung des Artikels im ganzen Lande zu beginnen.

Dem Bericht über den Stand der Gewerkschaftsbewegung entnehmen wir Folgendes: Es sind gegenwärtig in den der Partei angeschlossenen Syndikaten 87 477 Arbeiter organisiert (darunter 3619 Frauen), gegen 73 291 im Vorjahre. Diese Zahl stellt sich in Wirklichkeit noch etwas höher. Weiter bestehen noch liberale und christliche Gewerkschaften. Eratte Ziffern über ihre Stärke zu erhalten, war trotz aller Mühe nicht möglich. Diese bilden die Anhängel ihrer Partei und kommen für wirtschaftliche Kämpfe zu Gunsten der Arbeiter nicht in Betracht.

Die Beiträge der sozialistischen Syndikate schwanken zwischen Fr. 0,20 und Fr. 3, 6 pro Monat. Für die überwiegende Mehrzahl kommen sie unter Fr. 1,10 zu stehen. Die Streikunterstützungen betragen Fr. 0,50 bis Fr. 3 pro Tag. 81 Gruppen (oder Föderationen) zahlen Arbeitslosenunterstützung, 24 Krankengeld, 9 gewähren eine Alterspension und 18 geben Sterbegeld oder Wöchnerinnenunterstützungen oder Umzugsgelder.

Es bestehen 20 permanente Sekretariate.

Die Fortsetzung der Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts wurde einstimmig beschlossen. Nur war man durchgehends der Meinung, daß diese Kampagne nur Aussicht auf Erfolg habe, wenn die Arbeiter an der Organisation und Beschlußfassung aller Maßnahmen Antheil haben. Der Generalstreik sei auch ferner die letzte Waffe, und deren Anwendung müsse sorgfältig erwogen und event. rücksichtslos und bis zum letzten Moment damit gekämpft werden.

Den Schluß der zweitägigen Verhandlungen bildete der Antrag, eine nationale Streikasse zu gründen. Diese Frage wurde den Gruppen zur Diskussion anheimgestellt. Der nächste Kongreß soll hierüber endgültig beschließen.

Ein Schlag gegen das englische Gewerkschaftswesen.

In der Klage der Taff Vale Railway Company gegen den Gewerkschaftsverein „Vereinigte Verband der Eisenbahnbedienten“ auf Schadenersatz von 27 000 Pfund Sterling (M 540 000) wegen angeblicher Verabredung der Mitglieder des Verbandes zum Ausstand, welcher im August 1900 bei der genannten Eisenbahn eintrat, hat das Gericht am Freitag eine für die Klägerin günstige Entscheidung gefällt. Ueber den Verlauf der Affäre entnehmen wir einem ausführlichen Bericht des „Vorwärts“ noch Folgendes:

Auf der Eisenbahnlinie des Taff Vale (Taff-Thals) in Wales brach im Monat August 1900 ein Streik aus, an dem ungefähr 1300 Arbeiter theilhaftig waren. Die Eisenbahn-Angestellten dieser Linie sind organisiert in der Railway Servants Union, deren Generalsekretär Mr. Richard Well gleichzeitig den Wahlkreis Derby im Parlament vertritt. Die unmittelbare Ursache des Streiks war die Maßregelung eines Signalwärters Mr. Ewington, der sich durch gewerkschaftlichen Eifer auszeichnete und für seine Organisation thätig war. Mr. Ewington wurde versetzt, und zwar auf einen besserbezahlten Posten, wo ihm aber die Gelegenheit zu gewerkschaftlicher Thätigkeit genommen war, denn der Posten war ziemlich isolirt. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt war dies ohne Zweifel eine Maßregelung. Ewington lehnte die ihm angebotene Beförderung ab und wollte in seiner alten Stellung bleiben. Die Gesellschaft berief sich auf die bekannte Parole, daß sie „herr im Hause“ ist, und stellte Ewington vor die Alternative der Entlassung. Daraufhin brach der Streik aus; bei einer Anzahl von Arbeitern, die eine 14tägige Kündigung einzureichen hatte, bedeutete der Streik einen Kontraktbruch. Der Streik wurde mit allen Mitteln durchgeführt, die ganze Bahnlinie mit Streikposten besetzt, die den Verkehr völlig zum Stillstand brachten und auch die Arbeitswilligen zwangen, sich dem Streik anzuschließen. Die Bahngesellschaft — im Verzugsein ihres Herrenthums — wandte sich an den Richter um einen Einhaltsbefehl gegen die Streikposten. Richter Farwell kam ihrem Ansuchen nach und sprach gleichzeitig den Grundsat aus, daß die Gewerkschaft kooperativ für die Zuwiderhandlungen verantwortlich ist. Mit der Unmöglichkeit des energischen Streikpostenstehens brach der Ausstand bald zusammen. Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter appellirte an die zweite Instanz, die das Urtheil Farwells umstieß und

die alte Praxis der Streikposten wieder gestattete. Nun wandte sich die Bahngesellschaft an die Lordrichter. Am 22. Juli 1902 stellten diese das Urteil Cartwells wieder her, das hierdurch für alle Instanzen rechtsbindend wurde. Noch mehr: es ist einem Gesetze gleich zu betrachten, bis es durch ein vom Parlament angenommenes neues Gesetz beseitigt wird. Mit diesem Urtheil in der Hand reichte nun die Bahngesellschaft die Entschädigungsklage gegen die Gewerkschaft ein. Die Kläger behaupteten, die Angestellten hätten sich in bössartiger Weise verschworen, die Gesellschaft zu schädigen. Im englischen Gewerkschaftsrecht spielt die Verschwörung dieselbe Rolle, wie in Deutschland die Erpressung. Dieses Ziel wäre ferner durch ungesetzliche Mittel: Kontraktbruch und gewaltthätiges Streikpostenstellen erreicht worden. Die Geschworenen fanden die hier behaupteten Gesetzwidrigkeiten gegeben und verurtheilten, wie schon mitgeteilt, die Gewerkschaft zur Zahlung einer Entschädigung von M. 540 000, wozu noch circa M. 150 000 Prozesskosten kommen. Die verurtheilte Gewerkschaft ist vorläufig entschlossen, Berufung einzulegen. Es ist indeß sicher, daß das gefällte Urtheil befestigt wird.

Gewerbegerichtliches.

Lösung des Arbeitsverhältnisses während des Arbeitstages. Gemäß §§ 105 und 122 der Gewerbeordnung kann die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch freie Uebereinkunft ausgeschlossen und eine andere Kündigungsfrist verabredet werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn nur Ausschluß der Kündigung verabredet ist, mit dieser Abrede nicht die Möglichkeit der Lösung des Arbeitsverhältnisses in jedem Augenblick gegeben sein soll; vielmehr ist der Arbeitstag als Einheit anzusehen, und der Arbeitgeber wie der Arbeiter müssen den vollen Tag als Arbeitstag gelten lassen. Diese Ansicht vertrat das Gewerbegericht Charlottenburg und verurtheilte, wie die Zeitschrift „Gewerbegericht“ mittheilt, einen Arbeiter, der seine Thätigkeit am frühen Nachmittag eines beliebigen Tages niedergelegt hatte, zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe eines Tagelohnes an den Arbeitgeber. Nach der Vereinbarung konnte der Arbeiter ohne Kündigung zu jeder Zeit austreten oder entlassen werden, nach Ansicht des Gerichts aber nur mit dem Schluß eines Arbeitstages. Frühere Urtheile der Gewerbegerichte in Berlin und München haben sich in demselben Sinn ausgesprochen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Die Aufforderung zum Kontraktbruch für straffrei erklärt hat die Strafkammer des Landgerichts zu Dortmund. Dieser interessanten Entscheidung lag folgender Fall zu Grunde: Ein Maurer war in einer größeren Versammlung, in welcher über den im vergangenen Sommer in Dortmund beabsichtigten Ausstand beschloffen werden sollte, als Redner aufgetreten, hatte zum Streit aufgefordert und gerathen, daß auch diejenigen Arbeiter die Arbeit niederlegen möchten, die im Kündigungsverhältnis ständen. Auf Grund dieser Aeußerung war die Klage wegen Vergehens gegen § 110 Str.-G.-B. erhoben worden. Der Verteidiger wies in den Verhandlungen darauf hin, daß das Reichsgericht allerdings entschieden habe, daß auch eine Uebertretung zivilrechtlicher Bestimmungen als Ungehorsam im Sinne des § 110 zu betrachten, die Aufforderung zum Kontraktbruch mithin strafbar sei. Die Auffassung des Reichsgerichts sei aber zu mißbilligen. Der Wortlaut des Gesetzes lasse klar erkennen, daß der Gesetzgeber nur an einen Ungehorsam gegen trininelle Bestimmungen gedacht habe. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung des Verteidigers an und sprach den Angeklagten frei. Der Vorsitzende des Gerichtshofes führte aus, der Gerichtshof könne sich der Auffassung des Reichsgerichts nicht anschließen; eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze zivilrechtlicher Natur könne kriminell nicht geahndet werden, und aus diesem Grunde rechtfertige sich die Freisprechung.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Die Unfallkosten der deutschen Arbeitgeber. Unlängst hat der Regierungsrath Dr. jur. Klein, ständiges Mitglied des Reichs-Versicherungsamtes, einen Vortrag über die Leistungen der Unfallversicherung gehalten, aus dem hervorgeht, daß in den Jahren 1885 (vom 1. Oktober an) bis 1900 über 605 Millionen Mark den versicherten Arbeitern unmittelbar zugeflossen sind. Namentlich wurden in dieser Zeit gezahlt: über 17 Millionen Mark für Heilverfahren, über 3½ Millionen Mark für die Fürsorge in der Wartezeit (also eine ganz freiwillige Leistung), über 26½ Millionen Mark für Krankenhausbearbeitung, über 7 Millionen Mark für Angehörigenrente, fast 42½ Millionen Mark für Verletztenrente, über 4½ Millionen Mark an Sterbegeld, fast 14 Millionen Mark an Hinterbliebenenrente, das Uebrige als Abfindung. Die Gesamtausgaben der Unfallversicherung (also einschließlich der Kosten für Unfallverhütung, Entschädigungsfeststellung, den Rechtsgang — Schiedsgerichtskosten etc. — und Verwaltung) beliefen sich auf mehr als 782½ Millionen Mark, während über 160½ Millionen Mark als Reservefonds angeammelt sind. — Es ist das dieselbe marstschreierische Melange, wie sie auf der Pariser Weltausstellung 1900 betrieben wurde. Der dort aufgestellte Obelisk, der die Größe des Goldklumpens darstellen sollte, den Deutschland für seine Versicherungsgesellschaft ausgegeben, zeigte äußerlich die schöne Farbe des Edelmetalls, in Wirklichkeit war es eine hohle, aus Wetzern zusammengesetzte Säule, die mit Goldpapier beklebt war. So ungefähr verhält es sich auch mit den angeführten Zahlen, die nach Millionen zählen und deshalb eine imponante Erscheinung bilden. Genau betrachtet, sind die von den Unternehmern aufgewandten Summen so gering, daß sie kaum der Erwähnung werth sind. Bekanntlich beträgt der tägliche Aufwand, den der Unternehmer für den einzelnen Arbeiter zu machen hat, ungefähr 6 J. Das ist gewiß nur eine Bagatelle, durch die der Arbeitgeber sich jeder weiteren Haftpflicht dem Arbeiter gegenüber entledigt hat. Zieht man dazu noch die Kämpfe, welche die durch einen Unfall

Verletzten zu führen haben — die Arbeitersekretariatsberichte geben alljährlich ein schönes Bild davon —, bis sie zu ihrem Recht kommen, davon ab, dann bleibt von der ganzen Unfallfürsorge nicht viel mehr übrig als der Name.

Den Kampf um die Unfallrente illustriert folgendes Schicksal des Färbearbeiters Paul Roth in Reichensbach i. B. Derselbe erlitt Anfang April 1901 einen Betriebsunfall infolge Verletzung der linken Hand. Er wurde in das Krankenspital Zwidau eingewiesen und dort unter Anderem auch elektrisirt. Wenige Tage nach der Entlassung aus dem Krankenhause stellte sich bei dem schwächlichen Mann ein heftiges Nervenleiden ein, das in einem fortgesetzten starken Schütteln des rechten Armes bestand und das den Arbeiter nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch völlig hilflos machte. Roth selbst führte dieses Leiden auf die erwähnte Behandlung zurück. Eine Rente wurde ihm nicht bewilligt. Nachdem eine weitere längere Beobachtung in einem anderen Krankenhause stattgefunden hatte, gaben zwei ärztliche Autoritäten, die Herren Medizinalräthe Horn-Zwidau und Hofmann-Weipzig, ein Gutachten dahin ab, daß ein mittelbarer Zusammenhang der geringfügigen Unfallverletzung und dem Zustand des Verletzten doch bestehe. Die ärztliche Behandlung, der Kampf um die Rente, verzehe oft Menschen mit schwächerer Konstitution in hysterische Krankheitszustände. Daraufhin gewährte das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung dem Kranken die neu eingeführte Hilflosenrente, also den vollen früheren Jahresarbeitslohn. Die Berufsgenossenschaft legte jedoch hiergegen Berufung beim Landesversicherungsamt ein. Dieses hob am 20. Dezember v. J. jedoch das Urtheil des Schiedsgerichts wieder auf und entzog somit dem Verletzten die Rente wieder. Der Betriebsunfall habe Folgen, welche die Erwerbsfähigkeit mindern, über die ersten 13 Wochen hinaus nicht zurückgelassen. Der Zustand Roth's sei auf andere, innere Ursachen, nämlich ein Lungenleiden (!) zurückzuführen. Der Mann, Vater einer zahlreichen Familie, der einen großen Theil seines Lebens der Firma Schieber, wo der Unfall passirte, gewidmet hat, erhält also nichts.

Etwas über Erkältungskrankheiten. Die Erkältung, so schreibt Dr. A. Veerwald in Berlin in den Blättern für Volksgesundheitspflege, ist an und für sich keine Krankheit, sondern sie ist ein Schwächezustand des Körpers, der auf zu große Wärmeverluste zurückzuführen ist. Wie tausendfach auch die Krankheitskeime uns umgeben und auf uns einströmen mögen, es gelingt ihnen nicht, in den Körper einzudringen und ihre verhängnißvolle Thätigkeit in ihm zu entfalten, so lange keine Eingangspforte sich ihnen öffnet. Wird aber auf diese oder jene Weise der Selbstschutz des Körpers verringert, gewährt eine Wunde den Fäulniskeimen aus der Luft Zutritt in das Körperinnere, schwächt ungenügende und ungewöhnliche Ernährung, schwächt ein über das Zulässige hinausgehender Wärmeverlust den Körper selbst, und sei das auch nur für Momente, so vermag dieser nicht länger den Krankheitskeimen zu widerstehen und unterliegt ihrem Ansturm. Daher ist es erklärlich, daß eine Erkältung zu den mannichfachen Erkrankungen führen kann und, je nachdem, durch die klimatischen Verhältnisse der Jahreszeit oder der Gegend diese oder jene Krankheitsgruppe begünstigt wird, werden Erkältungskrankheiten bei rauherer Witterung mehr in Nase, Hals, Luftröhre und Lunge, bei heißer mehr im Darm ihren Sitz haben.

Eine Erkältung wird also unmöglich, wenn es uns gelingt, unseren Körper vor einem schädlichen Uebermaß von Wärmeabgabe zu schützen, und vorzujagen hat uns die Natur in unserer Haut mit einem Organe versehen, welches diesem Zwecke dient und nur dann in der gesunden Weise Wärmeregulierung des Körpers vermag, wenn wir ihm durch zu große oder zu geringe Pflege diese Fähigkeit nehmen. Die Haut besitzt für Wärme und Kälte in ihren verschiedenen Abstufungen und in ihrem verschiedenen Wechsel eine hohe Empfindungsfähigkeit, und in dem Gefäßapparat, der überaus reichlich in ihr ausgebreitet ist, hat sie die Handhabe, durch welche sie mit Hilfe eines zentral gelegenen Regulators die Wärmeabgabe des Körpers bald vermehren, bald vermindern kann. Damit dieses im verlängerten Mark sitzende sogenannte vasomotorische, d. h. die Gefäße beeinflussende Zentrum normal funktioniert, muß die natürliche Empfindlichkeit der Haut gegenüber der Lufttemperatur möglichst unverletzt bleiben, sonst können die feinsten Hautnerven nicht richtig und schnell genug ihren Rapport diesem Zentrum zutragen, welches sie dann seinerseits wieder rückwärts mit den entsprechenden Instruktionen an die Hautgefäße verleiht. Durch solchen Rapport erweitern sich bei heißer Luft die Hautgefäße, reichlich strömt das Blut der Körperoberfläche zu und durch Wasserverdunstung und Strahlung von der Haut aus befreien wir uns dann von der Wärme, welche wir als lästig und zu viel empfinden; sinkt dagegen die Temperatur, so verengen sich die Hautgefäße, das Blut wird in das Innere des Körpers zurückgeleitet, und von der blutarmen Haut wird nur eine minimale Menge Wärme an die umfließende kühle Luft abgegeben. Daher ist im Sommer die Haut heiß und feucht von Schweiß, kühl und trocken dagegen im Winter, und wenn uns im heißen Sommer unversehens ein kalter Luftzug trifft oder wenn wir ohne genügenden Kleiderschutz im Winter aus der warmen Stube herausretren, so überläuft ein Schauer den Körper, unter welcher Erscheinung auf Grund des unmerklichen Verengens der erweiterten Gefäße die Zusammenziehung der Hautgefäße erfolgt, die wir Gänsehaut nennen.

Bei diesen anatomischen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß die erste Bedingung für die Erhaltung der natürlichen Begabung der Haut und einer genügenden Erfüllung ihrer Aufgaben als Wärmeregulator eine regelmäßige und systematische Hautpflege ist. Es ist ganz unmöglich, daß eine schmutzige Haut, deren Poren mehr oder weniger verstopft sind, noch das feine Empfinden für die Temperaturveränderungen in der uns umgebenden Luft haben kann, und die größere Sterblichkeit in den Monaten Oktober bis Mai ist ganz wesentlich darauf mit zurückzuführen, daß Körperwaschungen und Bäder in ihnen nur ungenügend genommen werden. Eine sachgemäße Hautpflege verlangt aber tägliche Waschung des Körpers ohne Rücksicht auf die Jahreszeit, und zwar möglichst mit warmem Wasser, um die Haut zu reinigen, und darauf Uebergießung mit kaltem Wasser, um die erschöpfende Wirkung des warmen Wassers wieder auszugleichen, sowie gleichzeitig die Haut

zu stärken und sie für die Erfüllung ihrer natürlichen Aufgabe zu kräftigen. Selbstverständlich können solche Prozeduren nur unter der nöthigen Vorsicht in Bezug auf die Lufttemperatur vorgenommen werden, und es wird keinem verständigen Menschen einfallen, sich im Winter im kalten Zimmer kalt zu douchen. Das wäre eine ebenso schädliche Uebertreibung, wie es die Gewöhnung an warme oder heiße Bäder ohne nachfolgende kalte Begießung ist, und derartig verweichtliche Menschen mögen an den stets rothen Händen der Wäscherin die Schädigungen erkennen, die sie durch solches Verfahren ihrer Haut zufügen: die Gefäßmuskulatur derselben wird schlaff und damit schwindet ihre Regulierungsfähigkeit. Auch sonst dürfen natürlich die individuellen Verhältnisse nicht unberücksichtigt bleiben, und einem wirklich blutarmen, bleichsüchtigen Mädchen durch kalte Uebergießungen von der geringen Eigenwärme noch Verluste zuzufügen, wäre im höchsten Grade ungerechtfertigt. Aber für gesunde Menschen gilt ohne Einschränkung die gestellte Forderung schon vom zweiten Lebensjahre an, mag auch immerhin bei bisheriger Unterlassung für den Erwachsenen anfangs eine gewisse Energie dazu gehören, nach der warmen Reinigungswaschung die kalte Begießung Sommer und Winter gleichmäßig durchzuführen. Freilich darf das kalte Bad, die kalte Douche, die kalte Abgießung auch im Sommer nur ganz kurze Zeit währen, da der damit verbundene Wärmeverlust schließlich für Jeden in gewissem Sinne zu berücksichtigen ist, und möglichst soll stets ein Bademantel hinterher sofort gefaßt, den ganzen Körper eingehüllt und zu frottiren. Aus erstem Grunde ist es auch unrichtig, sich ohne zwingende Nothwendigkeit über einige Minuten im fließenden Wasser aufzuhalten, weil dieses dem Winde gleich wirkt und bei der steten Bewegung der Wassermassen immer neue an den Körper herantreten und fortwährend neue Wärmeverluste desselben veranlassen. Durch nichts aber kann jene Uebertreibung entschuldigt werden, die in mißverstandener Zweide selbst im Winter im Freien baden läßt, und müßte ein Loch dazu in das Eis geschlagen werden. Hier kann von Abhärtung ebenso wenig die Rede sein, als wenn sich Personlichkeiten daran gewöhnen wollen, im Winter die gleiche Kleidung zu tragen, welche sie im Sommer haben. Vor solchen Auswüchsen muß ebenso gewarnt werden als vor Verweichlichung, und besonders der an und für sich schwächliche Körper des Kindes wird unbedingt unterliegen, wenn er zu derartigen Experimenten benutzt wird. Daher muß jene Mutter, die ihr Kind im Winter mit nackten Weinen herumlaufen läßt, ebenso getadelt werden wie die überängstliche, die durch Schal und Halstücher das natürliche Abwehrvermögen der Haut gegen Erkältungen zerstört, und Beide mögen sich nicht wundern, wenn schwere Halskrankheiten die Kleinen befallen.

Neben der Hautpflege ist die Kleidung berufen, Erkältungen zu vermeiden, und bei der Auswahl der Kleidung muß stets bedacht werden, daß in unserem Klima ihre hauptsächlichste Aufgabe ist, den Körper in einer gleichmäßigen Temperatur zu erhalten und vor Allem im Winter den Unterschied zwischen der Temperatur im Hause und im Freien auszugleichen. Sehr maßgebend kommt dieser Grundsatz bei der Wahl der Unterleider in Betracht. Gleich zu häufigen warmen Bädern wirken wollene Unterleider im Sommer erschlassend auf die Haut und stumpfen die feineren Nerven der Hautgefäße ab, so daß dieselben nur ungenügend die Temperaturdifferenzen aufnehmen und weitermelden. Wohl vermögen wollene mehr als baumwollene oder leinene Unterleider im Sommer bei einer plötzlichen Abkühlung den Körper vor unvorhergesehenen Wärmeverlusten zu schützen; diese geringen Vortheile werden aber nicht durch die Schädigungen ausgeglichen, die besonders im Winter sehr verhängnißvoll werden können. Baumwollene Trikots im Sommer, wollene Trikots im Winter ist jene Unterleider, die in Verbindung mit einer richtigen Hautpflege am meisten uns vor Erkältungen behütet, und es hat ja schließlich auch das baumwollene Trikot die Fähigkeit, den Schweiß von der Körperoberfläche fort- und in sich aufzunehmen. Im Allgemeinen wird zweifellos die Gefährdung durch den Schweiß falsch beurtheilt, und nasse Wäsche auf dem Körper, mag dieselbe nun durch Schweiß oder durch Regen naß geworden sein, trodnet nur, indem sie dem Körper die zum Trodnen notwendige Wärme entzieht, bedeutet also einen Wärmeverlust, auf welchem Umland auch der Nachtheil der nassen Strümpfe beruht. Daher fragt es sich, ob wir richtig handeln, z. B. nach Ersteinen einer Anhöhe in heißen Sommertagen so überaus sorgsam den auf dem Gipfel wohnenden Luftzug von uns abzuhalten. Bei einer genügend gepflegten Haut wird uns der Wärmeregulator in derselben nicht im Stich lassen, und es jaget absolut nicht, wenn wir erhitzen und in Schweiß gebadet für einige Augenblicke den Ueberroth ausziehen und durch das nasse Hemd den Wind streichen lassen. Was der Wind trodnet, braucht nicht der Körper mit seiner Wärme zu trodnen, nur muß beim Eintreten einer Gänsehaut deren mahnende Stimme Beachtung finden, weil der kalte Wind mit einer großen Menge Feuchtigkeit außerdem, freilich im Verhältnis dazu bedeutend geringere Mengen, Körperwärme mitnimmt. Die gleiche weitherzige Beurtheilung gilt von einem kalten Trunk. Gute Zeiten, in denen dem Soldaten auf dem Marsche im Sommer das Trinken verboten war, sind vorüber. Wer mit Vorsicht nach einem heißen Marsch oder während desselben einen kalten Trunk zu sich nimmt, wird sich nur eine berechnigte Erfrischung gönnen und nie seinen Körper schädigen.

Literarisches.

Fanny Imle: **Die Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften.** Nach Angaben der Gewerkschaftsvorstände Berlin 1903. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 75 J. Die Verfasserin hat sich der großen Mühe unterzogen, aus den Rechenschaftsberichten und Generalversammlungsprotokollen der einzelnen Gewerkschaften das auf die Arbeitslosenunterstützungsfrage bezügliche Material zusammen zu suchen und es leicht faßlich darzustellen. Das Büchlein ist aber nicht nur eine trodene Zusammenstellung statistischer Tabellen, sondern giebt eine anregende Schilderung von der Entwicklung dieses Unterstützungsweiges in den einzelnen Gewerkschaften, wobei die Momente, welche in jedem einzelnen Falle zur Einführung gedrängt haben, besonders hervorgehoben werden, und die Organisation für Weiterausgestaltung in lebendiger Weise

dargestellt wird. Auch wird der Einfluß untersucht, welchen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf die Gewerkschaften selbst ausgeübt hat, soweit er sich in Zahlen ausdrücken läßt. Das Büchlein ist empfehlenswert.

„Süddeutscher Postillon“. Soeben erscheint Nr. 26, die Schlußnummer des 21. Jahrganges. Außer den Beiträgen von Wiedermayer und den interessanten Betrachtungen des arbeitslosen Philosophen bringt der „Südd. Postillon“ unter Anderem tiefempfundene Erzählungen von Leopold Jacoby. Auch meldet eine Bekanntmachung, daß der Redakteur Ernst Maximilian zu M. 300 Geldstrafe verurteilt wurde, weil er den bekannten Bergverwalter Treptow in Zwickau schmähslich beleidigt. Die Nummer bietet des Interessanten wieder so viel und ist den Mädeln werth, für den sie bei den Zeitungsträgern zu haben ist.

Briefkasten der Redaktion.

*Dieser Nummer liegen die Nrn. 51 und 52 des „Correspondenzblattes der Generalkommission“ für die Zahlstellenverordnungen resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

Unter dieser Rubrik werden Versammlungsanzeigen bis zu 3 Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Ahrensbhd. Sonntag, den 11. Januar.
Altdamm. Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Hufnagel, „Friedensburg“.
Arheilgen. Dienstag, den 6. Januar.
Bergen a. Mügen. Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr, in der Herberge.
Brandenburg. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, auf der Herberge, Wollenweberstraße.
Braunschweig. Dienstag, den 6. Januar, in der Zentralherberge, Werberstr. 32.
Dieblich. Mittwoch, den 7. Januar, im Verbandslokal „Zum Kaiser Adolf“.
Dromberg. Dienstag, den 6. Januar, Abends 5 Uhr.
Celle. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr.
Darmstadt. Montag, den 5. Januar, Abends 6 Uhr, in Cramer's Bierhallen, Dieburgerstraße.
Durlach. Sonntag, den 11. Januar, im Gasthaus „Zum Schwaan“.
Elrich. Sonnabend, den 10. Januar.
Eimshorn. Sonntag, den 11. Januar.
Erlangen. Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr.
Eisleben. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, im Restaurant Schulze, Bahnhofstraße.
Flensburg. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, bei A. Andresen, Fischerstraße.
Frankfurt a. M. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Stolzestraße 13, 1. St.
Frankfurt a. d. O. Dienstag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, im „Vorwärts“, Breitestraße.
Friedrichshagen. Dienstag, den 6. Januar, bei Max Berche, Bürgerstraße.
Fürth. Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Zid, Wasserstraße 13.
Forst i. d. E. Dienstag, den 6. Januar, Abends 6 1/2 Uhr, im Vereinslokal bei Kara.
Göppingen. Sonnabend, den 10. Januar, im „Weißen Hirsch“, Barbarossastraße 29.
Göttingen. Montag, den 5. Januar, bei Wwe. Achilles, Neustadt 29.
Grasdorf. Sonntag, den 11. Januar, im Verbandsbause 88.
Grünberg i. Schl. Dienstag, den 6. Januar, Abends 7 Uhr, bei Hamel, „Im goldenen Frieden“.
Guben. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 5 Uhr, im Restaurant „Zur Friedensallee“.
Hagen i. W. Sonnabend, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Sachs, Puppenbergstr. 7.
Halberstadt. Dienstag, den 6. Januar, bei Wollmann, Bakenstraße 63.
Halle. Sonnabend, den 10. Januar, im Gasthaus „Zu den drei Königen“, Al. Ulrichstr. 36.
Hamburg. Donnerstag, den 8. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in der „Leffinghale“, Gänsmarkt.
Hannover. Dienstag, den 6. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant, Neuestr. 27.
Horb. Dienstag, den 6. Januar, bei Lüssenhoop, 1. Bergstraße 7.
Hohendobelen. Sonntag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, bei D. Sigtus.
Hirschberg i. Schl. Dienstag, den 6. Januar, Abends 5 Uhr, im „Berliner Hof“.
Hölzhausen b. P. Sonntag, den 11. Januar, Nachm. 3 Uhr, im Lokal der Wwe. Hundertmark.
Jena. Freitag, den 9. Januar, Abends 7 Uhr, im Restaurant „Moll“.
Jmenau. Dienstag, den 6. Januar.
Kehoe. Dienstag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr.
Karlruhe. Sonntag, den 11. Januar, Vorm. 10 Uhr, im „Auerhahn“, Schützenstr. 58.
Königsberg i. Pr. Montag, den 5. Januar, Abends 6 1/2 Uhr, in der „Bühnenhalle“.
Langensalza. Dienstag, den 6. Januar, Zahlabend.
Langenbielau. Mittwoch, den 7. Januar, im „Goldenen Frieden“, Neubielau.
Langendiebach. Sonntag, den 11. Januar, beim Gastwirth Göbel.
Lehe-Geestemünde. Sonntag, den 11. Januar, bei Mädger in Lehe.
Lehnin. Sonntag, den 11. Januar, beim Gastwirth Teege, Hauptstr. 63.
Lemgo. Montag, den 5. Januar, bei Trieloff, Mittelstr. 16/17.
Ludwigshafen. Samstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei Zeuch, Friesenheimerstr. 87.
Lübeck. Donnerstag, den 8. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Liegnitz. Mittwoch, den 7. Januar.
Leipzig-Gohlis. Sonnabend, den 10. Januar, Zahlabend im Restaurant „Zur Morgenröthe“.

- Mitgendortmund. Samstag, den 10. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, beim Wirth Biethoff.
Magdeburg. Dienstag, den 6. Januar, bei Müller, Tischler- und Friseurstraße.
Mannheim. Samstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Zum weißen Lamm“.
Mülheim a. Rh. Sonntag, den 11. Januar, Vormittags 11 Uhr, bei Meier, Deutzerstr. 68.
Münster i. W. Mittwoch, den 7. Januar, Abends 8 Uhr, bei Leifeldt, Breitegasse 31.
Nordenham. Dienstag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr, in W. Tappferwein's Gasthof.
Nordhausen. Dienstag, den 6. Januar, Abends 7 1/2 Uhr, in „Stadt Berlin“, Schreiberstraße.
Ohlau. Sonntag, den 4. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zur goldenen Sonne“.
Olvenstedt. Sonntag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, bei Hirschfeld.
Oldesloe. Dienstag, den 6. Januar, bei Wwe. Schlüter.
Pafewalk. Sonntag, den 11. Januar, Nachm. 2 Uhr, bei Schweizer.
Peine. Sonnabend, den 10. Januar, bei F. Schumacher.
Pyriz. Sonntag, den 4. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Grefenz, Bahnerstr. 31.
Queblinburg. Sonnabend, den 10. Januar, im Restaurant „Vorwärts“.
Rixdorf. Dienstag, den 6. Januar, bei Mercier, Steinmehrsstraße 55.
Ribnitz. Sonntag, den 11. Januar, Abends 8 Uhr.
Schweim. Sonntag, den 11. Januar, im Verbandslokal bei Böbing.
Schwerin. Dienstag, den 6. Januar, Abends 8 Uhr.
Spremberg. Mittwoch, den 7. Januar, bei Knorr, Pfortenstraße.
Sommerfeld. Dienstag, den 6. Januar, im Gasthof „Zur Krone“.
Stolz i. P. Sonnabend, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei G. Möws, Mittelstr. 22.
Tilfit. Sonntag, den 11. Januar, im Verbandslokal, Fabrikstraße 49.
Wedel. Dienstag, den 6. Januar.
Wilhelmshaven. Freitag, den 9. Januar, Abends 8 Uhr, im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant.
Wismar. Montag, den 5. Januar, in der „Ganja“.
Zittau. Sonnabend, den 10. Januar, Abends 6 Uhr, im „Bürgergarten“, Rospplatz 21.
Zuffenhausen. Samstag, den 10. Januar, Abends 8 Uhr, bei Haist, „Zum Kirchthal“.

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beige druckt. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse August Bringmann, Hamburg 22, Fehlfeldstr. 28, l., einzufenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 1/2 per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken mehr, sondern baar Geld zu senden.)

Zahlstelle Bremen.

Donnerstag, den 8. Januar 1903, Abends 8 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale von Greve, Faulenstr. 22.
Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Entschädigung desselben. 3. Neuwahl. 4. Verbandsangelegenheiten.
Pflicht jedes Mitgliedes ist es, zu erscheinen.
[M. 1,20] Der Vorstand.

Zahlstelle Königs-Wusterhausen.

Sonntag, den 4. Januar, Nachm. 4 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn Lange, „Siegerkrantz“.
Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Verschiedenes. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
[90 1/2] Der Vorstand.

Zahlstelle Potsdam.

Dienstag, den 13. Januar 1903, Abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Glaser.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kameraden Knüpfer über: „Organisation und Lohnbewegung“. 2. Verbandsbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 5. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.
[M. 1,30] Der Vorstand.

Zahlstelle Zehdenick.

Sonntag, den 11. Januar, Nachmittags 2 Uhr:
Außerordentliche Versammlung
bei Schlegel.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet, weil uns das Lokal nur bis 5 Uhr zur Verfügung steht. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
[M. 1,10] Der Vorstand.

Zimmerer Deutschlands!

Islander, prima, 2 B schwer, M. 6, Dresdener Zimmermannshofe à Paar M. 4,50, 5 Paar M. 20, acht schwarze Sammethofe M. 10, prima Lederhofe, Sorte I M. 6,50, Sorte II (2 1/2 B schwer) M. 4,80, braune Manchesters-Hofen, Sorte I M. 8, Sorte II M. 6, Sorte III M. 4,50, echte schwarze Sammetweste (Perlmutterknöpfe) à Stück M. 4,80, 5 Stück M. 21, versendet überallhin portofrei. Streng reell. Nicht Gefallendes nehme retour. Verlangen Sie Preisliste.
Emil Hohlfeld, Dresden-N., Ritterstr. 2-4.
Versandhaus für Zimmerleute und Maurer.

Neu! Sehr lehrreich! Neu!
für die Zimmerer und selbst den thätigsten Polierern zu empfehlen sind die mit Spannung erwarteten Werke:
Wolf's
Praktische Ausführung der Schiftung und Dachverbandshölzer
mit 406 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dächern, sowie 10 Schnittmodellchen und verschiedene Modellfiguren. Großformat, gebunden Preis vorläufig M. 6, nächstes Frühjahr M. 6,75.
Wolf's
Dachausmittlung und Dachkonstruktion
mit 341 Figuren, einschließlich 12 zusammenlegbaren Dachmodellchen. Taschenformat, geb. Preis M. 3,50.
Beide Werke zusammen Preis vorläufig M. 8,50, nächstes Frühjahr M. 9,25.
Bestellungen nimmt Gustav Wolf, Architekt, Leipzig - Schleußig, Desferstr. 18, selbst entgegen.

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresinhalte unter dieser Rubrik nebst Gratisabonnement kosten M. 8. Das Geld für 1903 ist unangefordert einzufenden. Anzeigen, welche bis Ende Januar nicht bezahlt sind, bleiben von diesem Zeitpunkt ab todt. Bei Neuaufnahmen ist im Voraus zu bezahlen.)

- Altenburg. Verkehrs- f. Zimmerer b. Fr. Fr. Kühn, Kottbiterstr. „Toback“.
Altkona. Verkehrslokal und Herberge b. Chr. Siebers, Bohmischestr. 3a. Dasselbst jeden Sonnabend von 8-10 Uhr Abends Zahlabend.
- G. Friedrichs, Garkücherei und Klublokal, Gr. Bergstr. 170.
Altkona-Ottensen. Joh. Börmann, „Zur Clausshalle“, Clausstr. 84.
Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Berlin und der Vororte: SO, Engelauer 15, Zimmer 32, Fernsprecher Amt VII, Nr. 789. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer in Berlin und Umgegend sind hier zu melden.
- O. F. Wutsche, Krautstr. 36. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 1, Sonntags 10-12 Uhr Vorm. und jeden ersten Sonntag im Monat Morgensprache. Zentral-Krankentasse, Bezirk 8, Sonnabends 8-9 Uhr Abends u. Sonntags 9-12 Uhr Vormitt.
- SO. A. Bachmann, Eisenbahnstr. 36a, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 2, Sonntags Vorm. von 10-12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- SW. Verbandslokal und Arbeitsnachweis für Bezirk 3 bei Rothe, Kreuzbergstr. 12, zugleich Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Sonntags Vorm. von 8-12 Uhr. Telefon: Amt VI, Nr. 4281.
- W. A. Richter, Steinmehrsstr. 85, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 8, Montags Abends von 8-10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Montags Abends von 8-10 Uhr.
- N. Chr. Hiltgenfeld, Bergstr. 60, Restaurant. Arbeitsvermittlung. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 6, Sonntags Vorm. von 10 bis 12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- N. F. Schumann, Gochstraße 32a, Restaurant. Verbandszahlstelle und Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
- N. C. Kaack, Weisenburgerstr. 35. Restaurant, Arbeitsnachweis, Zahlstelle des Verb., Bez. 8, Sonntags, Vorm. 10-12 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Bez. 6, Sonnabends v. 8-10, Sonnt. v. 10-12 Uhr.
- O. Otto Wölger, Rest., Rigackerstr. 127. Zahlst. d. Zentralverb., Bez. 10. Jeden Sonntag Vormittag v. 10-12 Uhr Entgegennahme der Beiträge.
- S. S. Tolmann, Kottbusermarkt 4. Restaurant, Arbeitsnachweis, Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 12.
- NW. A. Schocker, Stromstr. 28. Verkehrslokal. Zahlstelle d. Verbandes, Bez. 5. Jeden Sonntag nach dem 1. u. 15. im Monat von 10-12 Uhr Vorm.
- NW. Karl Gutheil, Birkenstr. 43. Verkehrslokal. Zahlstelle des Verbandes, Bezirk 5. Jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats Abends von 8-10 Uhr. Zahlstelle der Zentral-Krankentasse.
Böhm. Verkehrs- u. Herd. b. Zimmerer bei F. Jänemann, Schützenbahu.
Bremen. Herberge und Verkehrslokal des Verbandes, sowie Zahlstelle der Zentral-Krankentasse, Zahlabend am 1. Sonnabend eines jeden Monats bei Wendfeld, Kleine Heile 40.
Breslau. Verkehrslokal und Zahlstelle des Verbandes und der Zentral-Krankentasse: Gewerkschaftshaus, Margarethenstr. 17. Zentralherberge: „In den drei Tauben“, Neumarkt 8.
Cassel. Herberge bei Georg Wittrock, Schäfergasse 88.
Charlottenburg. Dienstags nach dem 15. jedes Monats Versammlung der Zahlstelle und Zahlabend der Zentral-Krankentasse im „Volkshaus“, Köpenickerstraße 8.
Chemnitz. Verkehrslokal: Restaurant „Wartburg“, Gaisstraße. Dasselbst jeden Sonnabend von 8 Uhr ab Zahlabend. Jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. im Monat Zusammenkunft. Herberge „Stadt Meissen“, Kottbiterstr. 2.
Dortmund. Verkehrs- u. Versammlungslokal, Herberge u. Arbeitsnachweis, sowie jeden Sonnabend Zahlabend bei Mühlhausen, 1. Kampstr. 78. Jeden letzten Sonntag im Monat, Vorm. 11 Uhr, Zentral-Krankentasse.
Dresden. Verkehrslokal, Arbeitsnachw., Ausg. d. V. Helfenrath, zugleich Zentralbureau b. Zimmerer v. Dresden u. Umg. i. „Volkshaus“, Hiltgenbergstr. 2 u. Marktstr. 18. Alle Mitteil. über Lohn- u. Arbeitsverhältnisse in Dresden u. Umg. sind dort zu machen. - Herberge im „Volkshaus“.
Hamburg. Zentralherberge bei Hilmer, „Leffinghale“, Gänsmarkt 85.
Hamburg-Alstertal. Verkehrslokal bei Ch. Ehrhorn, Mühlenhoffstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, Abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jed. Sonntag v. 11-12 Uhr Mittags verb. Beiträge entgegengenommen.
Hamburg-Wandsb. Verkehrslokal bei Rudolf Gierbrock, Hamburgerstraße 134, gegenüber der Eisfabrik. Am Montag nach dem 1. eines jeden Monats Zusammenkunft.
- D. Niemeyer, Dehnstraße 139 (sonst Wandsbeterstraße 66) gebeten, 1. Etage. Vermietung von Zimmererwerkzeug.
Hamburg-Elbend. Verkehrslokal für Zimmerer bei S. Beer, Wandsbeter Chaussee 128. Am 2. Montag eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Eimsbüttel. Witwe Wendt, Verkehrslokal, Belle-Alliancestr. 46. Jeden Sonnabend Zahlabend.
Hamburg-St. Georg. Hermann Rauch, Ecke Bremerreihe u. Steinthorweg. Verkehrslokal der Zimmerer.
- Bezirkslokal der Zimmerer bei R. Kalbenbach, Ecke Wayerstraße und Borgeigt 20. Jeden Sonntag von 11-12 Uhr Zahlab.
Hamburg-Spand. Verkehrslokal für Zimmerer bei Heinrich Secht, Ecke Gredeweg und Wendenstraße.
- Aug. Oldach, Mittelstr. 67. Am ersten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Spandbrook. Müll. Sammler, Gothenstr. 88. Verkehrslokal. Am zweiten Sonnabend eines jeden Monats Zusammenkunft.
Hamburg-Uhlenhorst. Leop. Greding, Marktstr. 17. Verkehrslokal für Zimmerer. Jeden Monat einmal Zusammenkunft.
Hamburg-Winterhude. Wwe. Hergberg, Winterhuder Marktplatz 16. Verkehrslokal für Zimmerer. Jed. leg. Sonntag im Monat Zusammenkunft.
Hannover. Zentralherberge, Verkehrs- u. Versammlungslokal Neuestr. 27; dasselbst jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, Vorm., Einnahme der Beiträge für die Zentral-Krankentasse.
Leipzig. Verkehrslokal, Arbeitsnachweis und Zahlstelle II der Zentral-Krankentasse im Gosenhof bei G. Doyer, Duforstr. 86. Fremdenherberge und Zahlstelle I der Zentral-Krankentasse im „Goldenen Ring“, Nicolaistr. 31. Zahlstelle II der Zentral-Krankentasse bei Joseph Friedrichs, S. Meubants, Geselestraße 6. Verkehrslokal für Plagwitz-Bismarck bei Seiler, Ecke der Weihenstraße und Merseburgerstraße.
Siber. Verkehrslokal u. Herberge b. Spohmann, Hundestr. 101. Versammlung am Donnerstag nach dem 1. u. 15. jedes Monats im „Vereinshaus“, Johannesstr. 50. Arbeitsnachw.: D. Sandt, Fleischerstraße 90, 1. St.
Magdeburg. Verkehrs- u. Herd. b. S. Müller, Tischlerstr. 22. Arbeitsnachweis R. Klotzstr. 15 u. 16. Hier wird Reiseunterstützung gewährt.
Pankow-Niederschönhausen. Verkehrslokal bei F. Settorren, Lindenstr. 1. Beiträge werden Sonntags nach dem 15. eines jeden Monats entgegen genommen. Gleichzeitig findet dann Versammlung statt.
Rixdorf. Am Dienstag nach dem ersten eines jeden Monats: Versammlung bei Mercier, Steinmehrsstr. 113, Verkehrslokal. u. Zahlst. der Zentral-Krankentasse bei Adolf Müller, Steinmehrsstr. 103. Jeden Sonntag von 10-12 Uhr.
Wilhelmshagen. Verkehrslokal und Herberge beim Gastwirth W. Niedmann, Reiterstr. Vogelbüttenweg 281.
Wilhelmshaven. Verkehrslokal und Herberge im Vereins- und Konzerthaus „Zur Arche“ in Bant. Arbeitsnachw. bei Fr. Bartels, Grenzstr. 87.

Mein in der Zeit von der Straße.